

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 39, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Belegzahl)  
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3163

## Inhalt:

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Stadtgemeinden. — Unsere Hamburger Kollegen gegen den Ausichubbericht. — Aus den bayerischen Salinen. — Die Anträge der Köpener Kollegen zum Etat 1909. — Arbeiterauswahlwahlen in Stuttgart. — Der französische Gewerkschaftskongress. — Die geistige Entwicklung beim Kinde. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Stadtgemeinden.

Seit nahezu zwölf Jahren ist die Lage des Arbeitsmarktes nicht so ungünstig gewesen wie gegenwärtig. Bereits im ersten Drittel des Jahres 1907 setzte die beginnende Wirtschaftskrise ein. Vorerst schien vor allem Amerika in Mitleidenenschaft gezogen, und der Rückstrom der Auswanderer nahm Dimensionen an, wie es die Welt noch nie gesehen. Bald wurde man auch gewahr, daß alle größeren Industrieländer fast gleichmäßig am Niedergang der Wirtschaftskonjunktur beteiligt waren. Die Arbeitslosenziffern in zahlreichen englischen Städten zeigten ein erschreckendes Bild sozialen Elends.

In Deutschland aber hoffte man weiter auf selbsttätige Besserung der Wirtschaftslage, und die Berichte über den Arbeitsmarkt waren im Herbst vorigen Jahres wieder zum Teil recht rosig. Zwar wurden von sozialdemokratischer Seite in zahlreichen Stadtparlamenten Interpellationen eingebracht, um Notstandearbeiten vorzunehmen und so wenigstens einen Teil der Arbeitslosen zeitweilig aus der bittersten Not zu befreien. Aber nur wenige Stadtgemeinden konnten sich zu einschneidenden Maßnahmen verstehen. Entweder man setzte sich mit unerhört frivolen Redewendungen wie z. B. in Berlin Herr Fischbed über die wirkliche Sachlage hinweg oder man suchte die öffentliche Meinung zu beschwichtigen durch Anuarioinahme einzelner „Notstandsarbeiten“, die aber zumeist obnehin notwendig waren.

Die Hoffnung auf bessere Konjunktur im Jahre 1908 hat sich aber durchaus nicht erfüllt. Vielmehr erwies sich die Voraussage mancher „pessimistischer“ Kritiker als durchaus richtig, und selbst im Hochsommer dieses Jahres kamen an zahlreichen Orten des Deutschen Reiches auf je 100 Stellenangebote 120 bis 150 Stellenfindende. Diese Ziffer wurde sogar im Mai 1908 noch erheblich überschritten, und wie aus der Uebersichtstabelle in Nr. 1 des „Arbeitsmarkt“ vom 15. Oktober d. J. leicht ersichtlich, stieg die Zahl auf 160 bis 165 Stellenfindende.

Dabei sind nur sehr wenig Gesuche von der niedergehenden Wirtschaftskonjunktur unbeeinträchtigt geblieben. Aber schwerer noch wie die gelerntten Arbeiter hatten die ungelerten Arbeiterkategorien unter diesen Verhältnissen

zu leiden. Bei ihrem niedrigen Lohn sind sie in der Regel außerstande, irgendwelche Rücklagen zu machen, und mag das Sprichwort: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ für manche Kategorien immerhin eine gewisse Berechtigung haben, für den um die tägliche Nahrung und Notdurft kämpfenden ungelerten Arbeiter, also für die breiten Massen, klingt es wie blutiger Spott! Wer einmal durch den Einblick in die wirklichen Verhältnisse sich überzeugt hat, wie jeder Pfennig des Wochenlohnes meist schon im vornherein seine Bestimmung hat, wie nur durch die Mitarbeit der Frau und oftmals auch der Kinder, das ganze armselige Budget des Arbeiters — und besonders auch des städtischen Arbeiters! — aufrecht erhalten werden kann, dem erscheinen die Spartheorien einiger wohlmeinender „Sozialpolitiker“ als ein Dirngespinnst, das energische Zurückweisung verdient.

Mittlerweile mehren sich die Anzeichen, daß für die kommenden Wintermonate die bestehende Wirtschaftskrise noch schärfer einsetzen wird und die Arbeitslosigkeit weitere Ausdehnung gewinnen dürfte. Der Septembermonat weist eine kleine, aber ganz unerhebliche Verbesserung auf. Bald aber werden die erfahrungsgemäß in dieser Jahreszeit einsetzenden Sonderarbeiten zu Ende sein. Was dann? Soll das graue Elend noch weiter um sich greifen, und gibt es kein Mittel, um ihm Einhalt zu gebieten?

Wir sind der Meinung, daß etwas geschehen muß! Es handelt sich dabei nicht um „Wohltaten“ irgendwelcher Art, um Armenunterstützung oder Almosen, sondern um Rechte, die wohl im zwanzigsten Jahrhundert jedem Staatsbürger gewährleistet sein sollten. Zwar wissen wir, daß innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung eine Regelung der Produktion nach dem Bedarf nicht möglich ist. Wir wissen ferner, daß die Regierungen der einzelnen Staaten gewissermaßen Ausschüsse der herrschenden Klassen sind, denen es in erster Linie darauf ankommt, den bestehenden Zustand zu erhalten, selbst wenn Tausende und Zehntausende noch so sehr darunter leiden. Vom Staate ist also kein Heil zu erwarten. Man plaagt sich im Gegenteil dort jetzt nur mit dem Gedanken ab, wie weitere 500 bis 600 Millionen aus den deutschen Steuerzahlern herausgepreßt werden können. Der „bewaffnete Friede“ verschlingt jährlich anderhalb Milliarden — aber die sind angeblich „notwendig“, mögen auch darüber die kulturellen und sozialen Aufgaben noch so sehr leiden. Es wird wohl noch jahrelanger politischer Erziehungsarbeit der deutschen Arbeiterklasse bedürfen, um den Staat zu zwingen, den sozialen Problemen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und die wahren Notwendigkeiten zu verdeutlichen. Wasser und Luft einzubehalten.

Auf diesen Entwicklungsprozeß können wir aber nicht warten, und so gilt es, an der Stelle einzusetzen, von wo wenigstens eine erhebliche Verringerung der fast allseitig anerkannten Notlage am schnellsten möglich wäre

Die Stadtgemeinden sind nach eigenem Zugeständnis zahlreicher bürgerlicher Kommunalpolitiker heute mehr denn je verpflichtet, vorbeugende Sozialpolitik zu treiben. Durch fortgesetzte Kritik der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, die schon heute nach Tausenden zählen, hat der durchweg herrschende kommunalliberalismus sein altes Prinzip „laissez faire, laissez aller“\*) aufgeben müssen. Man kann sich der Einsicht nicht länger verschließen, daß die sozialen Pflichten jedes Gemeinwezens nicht dauernd abgelenket werden können. Aber von dieser negativen Erkenntnis bis zur positiven Maßnahme ist oft noch ein weiter Schritt! Darum muß den Stadtverwaltungen immer wieder erneut ins Gewissen geredet werden. Fast mehr noch bedürfen die bürgerlichen Gemeindevertreter dieser Erinnerung an ihre sozialen Aufgaben. Noch magt man oft genug, durch Uebergang zur Tagesordnung solchen Anträgen den Garaus zu machen. Oder die Wünsche und Forderungen der Arbeiter werden in einem Ausschuß begraben. Das darf uns aber nicht abhalten, immer von neuem wieder unsere Stimme zu erheben.

In Berlin, Frankfurt a. M., Charlottenburg, Lichtenberg und zahlreichen anderen Gemeinden haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten Interpellationen über die Arbeitslosigkeit und deren Milderung in den bevorstehenden Wintermonaten an die Stadtverwaltungen gerichtet. Zum Teil sind dabei eingehende Vorschläge von ihnen unterbreitet worden. In Köln, Magdeburg und anderwärts haben die Gewerkschaftskartelle diesbezügliche Anträge bei den Magistraten eingereicht.

Nachstehend geben wir die Frankfurter Anträge im Wortlaut wieder, die bei ihrer Annahme unbestreitbar die gewollten Zwecke erreichen würden. Es wird gefordert:

1. zur Milderung der für den kommenden Winter zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit und deren Folgen:
  - a) alle städtischen Arbeiten beschleunigt in Angriff zu nehmen, und Vorbereitungen für außerordentliche Notstandsarbeiten zu treffen, sowie sich mit den übrigen städtischen und ländlichen Gemeindeverwaltungen des Frankfurter Wirtschaftsgebietes zur Inangriffnahme ähnlicher Maßnahmen zu verständigen;
  - b) rechtzeitig Vorkehrung zu treffen, daß für Schutz und Unterkunft der hiesigen Obdachlosen in ausreichender Weise geeignete Maßnahmen getroffen werden, und zu diesem Zwecke zu gegebener Zeit städtische Mittel und Räume zur Verfügung zu stellen;
  - c) dem Frankfurter „Verein zur Speisung armer Schulkinder“ eine einmalige außerordentliche Unterstützung von 10.000 M. zu überweisen;
  - d) den Frankfurter Gewerkschaftsorganisationen als Äquivalent für die Entlastung des städtischen Armenetats Zuschüsse zu ihren Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen zu zahlen;

2. zur dauernden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Wirkungen

- a) in den Etat künftig -- und zwar erstmalig in den nächstjährigen Etat -- eine angemessene Summe für Notstandsarbeiten während der Wintermonate einzusetzen, und in Jahren guter Konjunktur, in denen keine Notstandsarbeiten erforderlich sein sollten, diese Summe zur Bildung eines Fonds für Notstandsarbeiten zu verwenden;
- b) der Schaffung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung näherzutreten, und zur Prüfung dieser Frage, sowie des ganzen Problems der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Einsetzung einer gemischten Deputation -- laut § 66 des Gemeindeverfassungsgesetzes -- zuzustimmen;
- c) gemeinsam mit dem Stadtverordnetenkollegium an Reichsregierung und Reichstag eine Eingabe zu richten, bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung die reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung zur Einführung zu bringen.

\*) Laß gehen, wie's geht.

Diesen Forderungen hätten wir noch hinzuzufügen:

1. Die konsequente Durchführung des Achtstundentages für alle Schichtbetriebe sowie der neunstündigen Arbeitszeit für alle übrigen Betriebe der Stadt-gemeinde.

2. Die möglichste Vermeidung von Ueberstunden, dafür Einstellung von Arbeitern, soweit möglich und notwendig.

3. Vermeidung von Entlassung städtischer Arbeiter. Soweit Betriebseinschränkungen in Frage kommen: Ueberweisung an andere städtische Betriebe.

Diese Forderungen ließen sich wohl -- sinngemäß übertragen -- in allen deutschen Stadtgemeinden einführen.

Die verlangte kommunale Arbeitslosenversicherung auf der Basis des Genter Systems, also Zuschuß der Gemeinden an die Arbeitslosenaffen der Gewerkschaften, hat früher den größten Widerspruch gefunden. Heute besteht diese Einrichtung nicht nur in zahlreichen Städten des Auslandes, sondern die Stadtgemeinde Straßburg hat das unbestreitbare Verdienst, auch für Deutschland bewiesen zu haben, wie segensreich für Arbeiter und Kommune diese Einrichtung ist. In Berlin brütet ein Ausschuß gegenwärtig über diesem Problem. Wir sind gewiß keine Befürworter, aber die jüngsten Arbeiterentlastungen in der Berliner Parkverwaltung und auf den Steinplätzen beweisen doch, daß man sich vom alten System nur schwer trennen kann. Die Berliner Stadtverordneten haben bei der Beratung der Arbeiterforderungen dem Magistrat die Initiative zugewiesen. Herr Oberbürgermeister Strickner hat in der Debatte bekräftigt, daß er sich die Initiative nicht nehmen lassen wolle. Wohlan, es ist hohe Zeit, daß Berlin seinen sozialpolitischen Ruf verbessert. Günstiger denn je ist die Gelegenheit! Stann sich die Stadtverwaltung zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung nach Straßburger Muster entscheiden, werden ferner die unferneits vorstehend skizzierten Minimalforderungen konsequent durchgeführt, so würde das Deutsche Reiches Hauptstadt endlich einmal etwas geleistet haben, das man als vorbildlich bezeichnen könnte. Aber wer von den Wählenden waag't zu hoffen?

So verbleibt uns wieder der verhaltene Ingrimm über die Unterlassungssünden der herrschenden Stadtverwaltung. Wenn sich Berlin nur dies eine Mal auftraffe, es würde zahlreichen Gemeinden zur Nachahmung dienen. Aber wir sind keine Illusionäre. Wir wissen, unsere Nachteilsfaltung reicht noch nicht aus, um die erhobenen Forderungen glatt durchsetzen zu können, und so werden wir unermüdet weiter kämpfen müssen, Kämpfer für unsere gute Sache werden und nicht rasten, bis die städtischen Arbeiter allerorten zu gemeinsamem Vorgehen entschlossen sind.

### Unsere Hamburger Kollegen gegen den Ausschußbericht.

Die jämmerliche Rückständigkeit Hamburgs in sozialpolitischen Dingen, wie sie sich auch im Ausschußbericht der Bürgerchaft über die Arbeitszeit und den Arbeitslohn in den hamburgischen Staatsbetrieben widerpiegelt, hat, wie selbst das so zahme „Hamburger Fremdenblatt“ konstatiert, „bereits an vielen Stellen eine recht scharfe Kritik erfahren“. Die „Soziale Praxis“ urteilt, „daß der bekundete Mangel an sozialpolitischem Verständnis in der kommunalen Vertretung der zweitgrößten Gemeinde des Deutschen Reiches sehr bedauerlich sei“. Die Ursachen dieser geradezu botanischen Rückständigkeit in den besagten Dingen, die von der bürgerlichen Presse verschwiegen werden, sind unseren Kollegen bekannt: sie wurzeln in der hamburgischen Patrizier- und Privilegiertenterricht, deren Vertreter bis vor wenigen Jahren noch unter sich waren, so daß sie es nicht nötig zu haben glaubten, sich mit Leuten ohne Grundstunde und Pantfalten befaßen zu sollen, dieweil diese im Rate der Prominenten nichts zu sagen hatten. Durch den Eintritt unserer Genossen in das illustre Privilegierten- und Majestätsparlament blühte zwar noch nicht sofort „neues Leben aus den Ruinen“, dazu war der Boden noch zu unfruchtbar, bedürfte und bedarf er noch sehr eingehender Bepflanzung, aber es

wurden Fragen angeschnitten, die man schließlich nicht mit einer Handbewegung beiseite zu schieben vermochte, womit beiseite nicht gesagt werden soll, daß nun das soziale Gewissen der bürgerlichen Gesetzgeber erwacht ist.

„Gut Ding will Weile haben“, sagt ein altes Sprichwort, das dem genannten Ausschuss vorgeschwebt hat, als er an die Beratung der ihm überwiesenen Aufgabe ging. Er kann aber von seinem Werk nicht behaupten: „Was lange währt, wird gut.“ Sind schon bürgerliche Präorgane unzufrieden mit diesem Werke, um wieviel mehr haben die Staatsarbeiter und Untergeordneten Ursache zur Unzufriedenheit. Dieser Unzufriedenheit wurde am Sonntag nachmittag in einer imposanten Versammlung der Staatsarbeiter um, in nicht mißzuverstehender Weise Ausdruck gegeben.

Zu dieser Versammlung, die im Gewerkschaftshaus stattfand, waren auch die Mitglieder der Bürgerchaft eingeladen worden, aber außer mehreren Mitgliedern der sozialdemokratischen Bürgerchaftsfraktion waren nur die Herren Dr. Petersen und Wach von den Vereinigten Liberalen erschienen.

Als erster Redner nahm Kollege Bürger zu dem Ausschuss über die Stellung. Die Staatsarbeiter, so führte er einleitend aus, haben früher auf die Bürgerchaft große Hoffnungen gesetzt, weil sie glaubten, daß sich unter den 160 Abgeordneten gewisse Leute befänden, welche die nötige Einsicht besäßen, um den berechtigten Forderungen der Staatsarbeiter und Untergeordneten Rechnung zu tragen. Darin hat man sich aber gründlich getäuscht, bei den Debatten über Arbeiterfragen ist eine erspürliche antisoziale Auffassung zutage getreten, namentlich aber bei der Beratung des Antrages H. Paeplow und Genossen:

1. In allen Staatsbetrieben wird die Arbeitszeit zunächst auf höchstens 9 Stunden festgesetzt. In ohne Unterbrechung arbeitenden Betrieben wird eine dreifache Schicht von je 8 Stunden eingeführt. Der Schichtwechsel ist so einzurichten, daß jedem Arbeiter wenigstens in jeder dritten Woche eine stündliche Ruhezeit mit Einschluß des Sonntags zur Verfügung steht.

2. Die Löhne für die Arbeiter in den Staatsbetrieben sind mindestens so hoch zu bemessen, wie sie durch bestehende Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern des gleichen Berufes festgesetzt sind. Unter 4 M. pro Tag (21 M. pro Woche) darf an keinen Arbeiter bezahlt werden. Für dauernd beschäftigte Arbeiter ist der Lohn in bestimmten Perioden zu erhöhen.

Beachtlich habe damals beantragt, den von Paeplow und Genossen unter Nr. 2 gestellten Antrag abzulehnen und den Senat zu ersuchen:

1. die Anordnung zu treffen, daß die Löhne für die Arbeiter in den Staatsbetrieben mindestens so hoch bemessen werden, wie sie durch bestehende Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern des gleichen Berufes festgesetzt sind;

2. in Erwägung zu ziehen, allen in Staatsbetrieben dauernd beschäftigten Arbeitern in Form von Alterszulagen eine Erhöhung der Löhne zu gewähren.

Gegen die Behandlung des Antrages Paeplow seitens der Mehrheit der Bürgerchaft hat damals eine große Versammlung der Staatsarbeiter energig Protest erhoben. Die Angelegenheit ist dann einem Ausschuss von zehn Personen zur Beratung überwiesen worden. Es gab viele Arbeiter, die sagten, die Sache liege so äusserst einfach, daß man ohne weiteres den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträgen zustimmen müsse. Von der Bürgerchaft wird aber oft ein Ausschuss eingeschickt, um unliebsamen Dingen möglichst lange aus dem Wege zu gehen. Die Arbeit des Ausschusses hat 3 1/2 Jahre gedauert (Weiterkeit), und was ist dabei herausgekommen? (Zuruf: Gar nichts!) Der Ausschuss hat zwar Anfragen bei den hiesigen und auswärtigen Behörden gehalten, aber die Beteiligten selber, die Staatsarbeiter, hat man nicht befragt. So hat man Anstalts von Berlin, Frankfurt a. M., Dresden, Freiburg i. Br., Karlsruhe und München eingeholt, die dem Ausschuss vergleichsweise verarbeitet worden sind. Der Ausschuss gelangt zu der merkwürdigen Ansicht, daß in Hamburg alles aufs beste bestellt sei; denn er beantragt nur:

1. durch Verordnung diejenigen Grundzüge festzusetzen, welche die gemeinsame Grundlage der Arbeitsbedingungen für Staatsarbeiter bilden sollen, sowie anzuordnen, daß dauernd beschäftigte Staatsarbeiter mit Wochen- oder Monatslohn anzustellen seien;

2. für diejenigen im Aufwandsdienst beschäftigten Beamten und Diakone, welchen bisher ein regelmäßiger Erholungsurlaub nicht gewährt ist, die regelmäßige Erteilung eines Erholungsurlaubes anzuordnen.

Redner erklärte hierzu, daß auch in anderen Städten sich ein großer Widerstand von Seiten der hiesigen Verwaltungen gegen Arbeiterforderungen bemerkbar macht, aber es gibt doch viele Gemeinden, die in ganz anderem Maß, um ihre Arbeiter setzen, als das hier der Fall ist. Bei den letzten Lebensverhältnissen Hamburgs ist es doch ganz erklärlich, daß hier der Lohn auch dementsprechend sein müsse. Der Ausschuss hat dafür nur ein altes Wort! Von beiden wirtschaftspolitischen Anordnungen hat die maßgebende Mehrheit Hamburgs keinen Hauch, davon zagt der Ausschuss des Senatsors Straß, der meinte, es liege kein Bedürfnis vor, die Löhne zu steigern, weil die Staatsarbeiter Gelegenheit

hätten, jetzt, unter der Einwirkung der Krise, bei der viele Geschäftleute billiger verkaufen als sonst, ihre Einkäufe billiger machen zu können als früher. (Weiterkeit.) Der Antrag Paeplow ist von dem Ausschuss mit 8 gegen 2, der Antrag Verheul mit 7 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden. Der Ausschuss befragt seine Ansicht auch mit „Gründen“. Er hat zwar auch herausgefunden, daß es Orte gibt mit kürzerer Arbeitszeit: „Die normale Arbeitszeit dauert tatsächlich fast überall 10 Stunden“, aber der Ausschuss trübt sich damit: „... In Hamburg dauert die normale Arbeitszeit in keinem Staatsbetriebe länger als 10 Stunden.“ Der Ausschuss meint dazu, die Arbeitszeit betrage überall, auch in anderen Städten und in Privatbetrieben (!), 10 Stunden, und eine solche Zeit sei auch im Freien nicht zu lang. Eine Herabsetzung um eine Stunde könne einer Lohnherabsetzung von 10 Proz., eine Herabsetzung um eine halbe Stunde einer Lohnherabsetzung von 5 Proz., gleich. Bei allen Betrieben mit Maschinen, sowie in Betrieben, in denen große Kapitalien angelegt seien (Mahl), sei neben der Lohnherabsetzung eine um den gleichen Prozentsatz verminderte Ausnutzung der Kapitalanlagen die Folge. Diese Monotonie sei besonders für den Hafenbetrieb mit Rücksicht auf die in Hamburg ohnedies schon hohen Plattspeisen und mit Rücksicht auf die Konkurrenz anderer Häfen geradezu gefährlich. Einen Hauptschlager glaubt der Bericht in dem Hinweis bezüglich der Rückwirkung auf die Privatindustrie ausgespielt zu haben. Die durch die starke Konkurrenz und die soziale Gesetzgebung schwer belastete Privatindustrie dürfe nicht noch mehr belastet werden. Alle diese „Gründe“ sind haltlos, denn auch in allerdings nur wenigen hamburgischen Staatsbetrieben wird, wie in der Münze mit 9 1/2 und bei der Schlachthausdeputation mit 9 1/2 Stunden, mit etwas verkürzter Zeit gearbeitet. Die Erfahrungstatsache, daß bei abgekürzter Arbeitszeit eine Verminderung der Arbeitsleistung nicht eintritt, läßt der Ausschuss in nur sehr bedingtem Maße gelten. Bei seinen Angaben über andere Orte bezieht sich der Ausschuss vorsichtigerweise auf das Jahr 1903, während er die inzwischen gemachten Fortschritte beiseite läßt. So wird jetzt in den preussischen Eisenbahnverwaltungen, auf den Staatswerken, in den Gewerkschaften usw. nur 9 Stunden gearbeitet; in vielen Städten ist inzwischen die Arbeitszeit verkürzt und der Lohn erhöht worden, was Redner näher ausführt. Auf England, Amerika, Australien usw. wolle er gar nicht exemplifizieren. Aber auch die Bürgerchaftswesen sollten doch eigentlich auch wissen, daß in einer schweren Menge Privatbetrieben — Bau- und Gewerbe usw. usw. — der Neunstundentag seit geraumer Zeit besteht. Auch die hiesigen Werften haben seit Jahresfrist den 9 1/2-Stundentag durchgeführt. Das alles ignoriert der Ausschuss, denn das paßt ihm nicht in den Kram. Ueber die Dauer der Ruhepause in den einzelnen Staatsbetrieben ist der Ausschuss ebenfalls nicht genau informiert, wie auch die Angaben über den Lohn nicht stimmen. Eine ganz kuriose Auffassung hat der Ausschuss von der Entlohnung der Arbeiter, wie er deren soziale Forderung durch den Staat löst. Der Ausschuss meint, die unter 4 M. pro Tag angestellten Arbeiter seien meist unberühret. (Lachen.) Auch würden viele nicht voll leistungsfähige Leute eingestellt, um die Armentasse zu entlasten. Die nicht mehr voll leistungsfähigen alten Arbeiter würden ohne Herabsetzung des Lohnes noch weiter beschäftigt, bis ihre Arbeitsleistung bis auf die Hälfte des Normalen herabsinke. Wenn sie gar nicht mehr leistungsfähig seien, trete die staatliche Versorgungskasse in Verbindung mit der reichsgesetzten Invaliditäts- und Altersversicherung für sie ein. In Anbetracht dieser Vorteile, so meint der Ausschuss weiter, sei es nicht anzunehmen, sie ganz allgemein den Arbeitern in Privatbetrieben gleichzustellen, zumal auch die Staatsarbeit im Durchschnitt weniger anstrengend sei. Mit den periodischen Alterszulagen könne der Ausschuss sich nicht befassen, weil die Leistungsfähigkeit mit dem Alter nicht zunehme, sondern abnehme. Bei den Beamten hält man das System der Dienstalterszulagen für selbstverständlich, obwohl da mit zunehmendem Alter die Leistungsfähigkeit auch nicht allmählich steigt. Während der Tagungszeit des Ausschusses ist mit Männern und Frauen der Sommerurlaub eingeführt worden für Arbeiter nach dreijähriger Dienstzeit auf die Dauer von drei ganzen Tagen. Auch Arbeiterauschüsse sind ins Leben gerufen worden, die wie Delegationsstände aussehen. Die Landdeputation hat auf eine Anfrage nicht geantwortet, die Stadtwaasserkunst hat alle Anträge, weil „alle bekannt“, abgelehnt. Bei der Straßenreinigung sind auch Wochen- und Jahreslöhne eingeführt worden, aber die Zulagen sind gleich Null, betragen nur wenige Pfennige pro Woche, für die Jahressöhner ganze 30 M. Während jeder danach strebt, sein Einkommen zu verbessern, soll der Staatsarbeiter mit seinen paar Pfennig zufrieden sein. Man kann mit Zug und Recht sagen, daß der Ausschuss in der Erkenntnis der sozialen Dinge impotent ist. Von der Bürgerchaft muß man verlangen, daß sie dem Verdict ihres Ausschusses nicht folgt, sondern den berechtigten Forderungen der Staatsarbeiter Rechnung treu. In enger Beziehung müssen die Arbeiter zusammenstehen und ihre Forderungen nach Entlohnung des Neunstundentages und einer gesunden Sozialpolitik laut und deutlich erheben. (Großer Beifall.)

Am der Diskussion beteiligten sich auch die Bürgerchaftsmitglieder Genossen Schaumburg und Paeplow sowie der Mitglied der Bürgerchaft Dr. Petersen im Sinne des Referenten.

Nach einem kräftigen und eingehenden Schlußwort des Vorsitzenden Kollegen Schönberg wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute am 11. Oktober 1908 im Gewerkschaftshaus sehr zahlreich besetzte Versammlung der hamburgischen Staatsarbeiter nimmt Kenntnis von dem Bericht des am 15. Februar 1908 eingeleiteten bürgerlichen Ausschusses zur Prüfung der Anträge von Faeploy und Genossen betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben.

Die Versammlung bedauert zunächst die außergewöhnlich lange Verschiebung dieser Angelegenheit, sie bedauert ferner, daß der Ausschuss nicht den Versuch gemacht hat, sich, bevor er seine Tätigkeit obdauert, mit der Organisation in Verbindung zu setzen oder sonstige auf geeignetem direkten Wege die Wünsche der Staatsarbeiter über die ihnen naheliegenden Fragen kennen zu lernen.

Die Versammlung erblidet in den Ergebnissen der Ausschussberatung in allen wichtigen Punkten einen ganz erschrecklichen Mangel an sozialem Verständnis und an Einsicht in die Arbeiterverhältnisse.

In direktem Gegensatz zu dem bürgerlichen Ausschuss erklärt die Versammlung, daß hinsichtlich der Arbeitszeit und der Löhne alle Urteile zu Beanstandungen seitens der Bürgerschaft vorliegen. Die Versammelten richten an die Bürgerschaft das Ersuchen, für Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und für den Minimallohn von 4,50 Mk. pro Tag für vollkräftige ungelernete Arbeiter, der in allen Betrieben gleichmäßig in einigen Jahren bis zu 5 Mk. ansteigt, zu votieren. Für qualifizierte und handwerksmäßige Arbeit kommt ein Minimallohn von 5,40 Mk. pro Tag in Betracht, der in wenigen Jahren bis zu 6 Mk. ansteigt. Die Versammlung weist ausdrücklich dem Staat als Arbeitgeber die Verpflichtung zu, an Stelle des rein kapitalistischen, ausbeuterischen Prinzips soziale Gesichtspunkte zu stellen. Ein Arbeiter, welcher seine Kräfte im Dienste des Gemeinwohls aufbraucht, hat Anspruch auf ein steigendes Lohn Einkommen.

Ferner protestiert die Versammlung gegen die Auffassung des Ausschusses, die auch sonstwie in der Öffentlichkeit geistlich genährt wird, daß an die Arbeitskraft und Leistungen der Staatsarbeiter durchgängig geringere Anforderungen gestellt werden als in Privatbetrieben.

Endlich erklärt die Versammlung den Einwand, daß durch die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und des geforderten Minimallohnes die Privatindustrie nachteilig beeinflusst werde, für unhaltbar, da diese zwei Forderungen hier schon längst und in großer Ausdehnung realisiert worden sind.

Die Versammlung ersucht deshalb, den Standpunkt des Ausschusses für unzulänglich zu erklären und auszusprechen, daß den Staatsarbeitern ein auskömmlicher Lohn gezahlt, sowie die der Ausdehnung unserer Stadt angemessene und aus sonstigen wichtigen Gründen notwendige neunstündige Arbeitszeit eingeführt werde.

### Aus den bayerischen Salinen.

Obwohl die Arbeiter längst sehnsüchtig darauf warten, hat man bei den bayerischen Salinen noch nichts von einer Lohn-erhöhung gehört, wenngleich die Mittel hierzu längst von Landtag und Reichstag genehmigt wurden. Allgemein erfaßt diese Arbeiter ein Gefühl der Erbitterung, die sich Luft macht in den Worten: „Heraus mit der Lohn-erhöhung“.

Aber auch mit den Urlaubsgeldern scheint die Sache ein ganz bedeutendes Loch zu haben. Denn nach den Ausführungen des Finanzministers stehen 41000 Mk. für eine Arbeiterzahl von 4100-4500 zur Verfügung. Durchschnittlich gerechnet würden also auf den Mann 9 Mk. treffen; auf die Saline Rosenheim müßten folglich, wenn wir rund 200 Arbeiter annehmen, 1800 Mk. an Urlaubsgeldern treffen. Es sind aber nur 1100 Mk. da. Wie kommt das nun? — Ähnlich ist es auch in Traunstein, wohn 500 Mk., und in Reichenhall, wohn nur 400 Mk. überwiesen wurden. Haben sich etwa die einzelnen Werke in „lauter Sporen“ wieder zu überbieten gesucht und dabei zu niedrige Beträge eingekauft? Wenn dem so ist, dann sollte man auch den betr. Beamten den Urlaub entziehen, damit sie einsehen, wie das tut.

Daß der sich in Händen der „Christlichen“ befindliche Arbeiter auszuhaft damit abhand, ist um so beschämender. Ja, man erzählt sich sogar, daß diese Frage des Urlaubs wie auch andere im Arbeiterausschuss zu besprechende Dinge vorher schon zwischen dem Ingenieur und dem christlichen Vorsitzenden Hinterseher abgehandelt werden, und in der Sitzung getrauten sich die übrigen Ausschussmitglieder nichts zu sagen. Sei dem, wie ihm wolle. Auf alle Fälle hätte der Arbeiterausschuss die Pflicht gehabt, hier von der Leber zu reden.

Die Folgen dieser „Sparrerei“ haben nun die Arbeiter zu tragen, weil ein Teil davon um den Urlaub kommt. Nachdem alle

10 Jahre beschäftigten Arbeiter mit Urlaub bedacht werden sollten, so kamen in Rosenheim 87 Mann in Frage; Urlaub erhalten nur 52, während 37 Mann ganz durchfielen. Da übrigens der Urlaub genommen werden muß, wenn es die Salinenverwaltung haben will, so wird der Wert desselben bedeutend herabgemindert. Hier sollten doch auch billige Wünsche der Arbeiter berücksichtigt werden.

Auch von der Durchführung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, für welchen jetzt 12000 Mk. ausgesetzt sind, spürt man noch nichts, trotz des schreienden Bedürfnisses. Dieses langweilige Verfahren erinnert recht lebhaft an jenen sprichwörtlichen Bauern, der seinen Hund stets auf die Kirchweib vertöftete, was der Hund aber undankbarerweise nicht mehr erlebte. Oder ist es so, wie es sogar ein Mann des christlichen Verbandes äußerte: „Jetzt möchte ich doch fragen, was es mit der Anweisung ist; die unsern (gemeint waren die christlichen Landtagsabgeordneten) zieh'n ja loan Stuy'n.“

Der „Christliche“ Salinenarbeiterverband hat sich nun dem christlichen Verarbeiterverband angeschlossen. Am Samstag, den 3. Oktober, fand in Rosenheim die entscheidende Versammlung statt, wobei es sehr lebhaft zuging. Mit 36 gegen 18 Stimmen wurde der Anschluß vollzogen; eine größere Zahl hatte sich noch vor der Abstimmung gedrückt. Und dieses tägliche Ergebnis, obwohl seine Weisheit Schirmer nebst einem Herren Vogel sang aus Essen kräftig die Lungen in Bewegung setzte. In der Hitze des Gefechtes fielen allerlei „Nosenamen“, so daß sich Schirmer am kommenden Tage in Traunstein dahin resümierte: „Gestern habe ich mich krank gegürt.“

Da nun der Anschluß vollzogen ist, so wird sich doch hoffentlich auch das Streben Hintersehers — des bisherigen christlichen Vorsitzenden — nach einem Beamtenposten erfüllen. Eigentlich aber wäre für die Christlichen ein Beamter nicht notwendig, denn bei den Sonderrechten, die anscheinend die Christlichen haben, könnte man die auswärtige Migration auch auf Zeit und Rechnung der Salinenwerke machen, wie das bereits geahnt ist. Und nicht nur das, sondern ein guter Christ muß auch waldfabten gehen. Letzteres macht sich um so besser, wenn man vom katholischen Arbeiterverein einen ähnlichen Zehntens bekommt und sich schließlich auch noch die Zeit von der Salinenverwaltung bezahlen läßt bzw. dieselbe verrechnet. Man wird uns schon verstehen. Fraglich wäre nur, ob der Finanzminister damit einverstanden ist. In einem gedruckten Bericht dürften solche Dinge jedoch nicht vorzukommen, aber bei dem Privileg des christlichen Organisationsleiters und den guten Beziehungen desselben zum leitenden Ingenieur läßt sich die Sache schon machen.

Es wird Zeit, daß sich die Salinenarbeiter auf sich selbst besinnen und durch den Anschluß an die freien Gewerkschaften sorgen, daß derartige Zwischenfälle ein für allemal verschwinden.

J. Sebald.

### Die Anträge der Köpenicker Kollegen zum Etat 1909.

Auf eine Eingabe der Kollegen der Maschinen- und des Elektrizitätswerkes im Frühjahr d. J. um Beurteilung der Lohnverhältnisse erfolgte seinerzeit der Bescheid des Dezerenten, daß alle Anträge in Zukunft nur dann Berücksichtigung finden könnten, wenn sie in der Zeit vom September bis Oktober eingereicht würden. Entsprechend dem Vorgehen der Kollegen Groß-Perlmus haben nunmehr auch die Kollegen Mepende ihre Anträge eingereicht. Zur unsere Organisation kommen die Kollegen der Gasanstalt und des Märk. und Elektrizitätswerkes in Frage. Die Dezer. und Mandatanten des letzteren Werkes sind im Verbands der Maschinisten und Dezer. organisiert, während für das Personal der Straßenbahn, circa 80 Mann, der Transportarbeiterverband die zuständige Organisation ist. Der Verband der Maschinisten und Dezer. schloß, nach unserem Vorzahn an. Die Transportarbeiter lebten in Aussicht auf die Schwäche der Organisation eine Verteilung ab. Die Forderungen wurden im Laufe der Monate August und September in Petitionssammlungen der einzelnen Werke durchberaten. Ebenfalls fand zwischen der sozialdemokratischen Kraktion und den Vertrauensleuten der Organisation eine Aussprache statt, in der unsere Anträge die Billigung und Zustimmung der Kraktion fanden. Am 20. September fand zur endgültigen Beschlußfassung eine gemeinsame Versammlung aller hiesigen Arbeiter im großen Saal des „Märkerhofs“ statt. Die Köpenicker Kollegen behandelten durch vollzähliges Erscheinen ihre rege Interesse für die Forderungen. Eine Einladung zur Versammlung war an sämtliche Betriebsvereine ergangen. Erdrinden waren nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Kraktion. Eingangs der Versammlung referierte Kollege Polenske über: „Die Forderungen der Gemeinden gegenüber den hiesigen Arbeitern.“ Meiner wies besonders darauf hin, daß Mepende bezüglich seiner sozialen Einrichtungen noch besonders rufständig ist. Arbeiter-

ausschüsse bestehen nicht und die Bestimmungen über Sommerurlaub, Krankengeldzuschuß, Invaliden- und Altersversorgung, soweit solche überhaupt bestehen, sind sehr reformbedürftig. Ebenso dringend notwendig ist eine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Besteht doch überall noch die sechstündige, für Schichtarbeiter teilweise die achthündige Arbeitszeit. Ueber die Anträge referierte ebenfalls Kollege Polenske. Die Anträge bezwecken:

1. Verkürzung der Arbeitszeit:
  - a) in allen kontinuierlichen Betrieben auf 8 Stunden (Dreischichtsystem),
  - b) in sämtlichen anderen Betrieben auf 9 Stunden.
2. Regelung der Löhne auf der Basis des Wochenlohnes unter Zugrundelegung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 6 Tagen zu 9 bzw. 8 Stunden.
3. Durchgehende Festlegung fünfjähriger Lohnstufen mit alljährlichen Steigerungen.
4. Für Heberstundenarbeit 50 Proz., für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit 50 Proz. Zuschlag.
5. Lieferung von Schutzkleidung und Seife für besonders schmutzige Arbeiten.

Die Löhne sind wie folgt festzusetzen:

Berufsgruppe.	Anfangs- wochenlohn	jährlich steigend um	nach 5 Jahren
<b>Gasanstalt:</b>			
<b>Innenbetrieb.</b>			
Erste Feuerleute . . . . .	30,—	0,60	33,—
Feuerleute . . . . .	24,50	0,60	31,50
Feizer . . . . .	33,—	0,60	36,—
Maurer . . . . .	33,—	0,60	36,—
Schmiede . . . . .	30,—	0,60	33,—
Sofarbeiter . . . . .	26,50	0,60	28,50
<b>Außenbetrieb.</b>			
Rohrleger . . . . .	30,00	0,60	33,—
Feizer . . . . .	25,50	0,60	28,50
<b>Elektrizitäts- und Kläwerk:</b>			
Arbeiter im Kesselhaus . . . . .	28,—	1,—	33,—
Arbeiter in der Mühle . . . . .	28,—	1,—	33,—
Kohlenmüller . . . . .	30,—	0,60	33,—
Schlammfrierer . . . . .	25,50	0,60	28,50
<b>Gärtner und Park- arbeiter . . . . .</b>			
	25,50	0,60	28,50

Die zurückgelegten Dienstjahre sind in Anrechnung zu bringen. Durch einstimmige Annahme der nachstehenden Resolution gaben die Versammelten den Anträgen ihre Zustimmung:

Die am 30. September 1908 im „Maiserhof“ versammelten städtischen Arbeiter sprechen sich mit den Ausführungen des Referenten über die Pflichten der Gemeinden gegenüber ihren Arbeitern einverstanden.

Die Versammelten stimmen den in Betriebsversammlungen aufgestellten und beratenen Anträgen auf Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu. Insbesondere halten sie die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und in den kontinuierlichen Betrieben auf 8 Stunden für dringend notwendig. Desgleichen die Einführung von Wochenlöhnen mit alljährlich steigenden Lohnstufen sowie die Verzählung der Heberstunden, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit mit entsprechenden Zuschlägen.

Die Versammelten erwarten, daß die städtischen Kollegien die Anträge einer wohlwollenden Prüfung unterziehen und ihnen in Verhandlung der augenblicklichen Verhältnisse zustimmen werden. Sie beauftragen das Bureau der Versammlung, die Anträge dem Magistrat und den anderen städtischen Körperschaften zu übermitteln.

In der Erkenntnis aber, daß zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine mächtige und geschlossene Organisation die rechtliche Verbindung ist, verpflichten sich die Anwesenden, mit allem Nachdruck für den Ausbau und die Stärkung der zuständigen Organisationen einzutreten.

An der Versammlung nahmen auch die dienstfreien Kollegen der Straßenbahn teil. Sie erhoben Beschwerde dagegen, daß sie zu den Vorberatungen nicht hinzugezogen wurden. Die Aussprache hatte jedoch den Erfolg, daß sich der Straßenbahnarbeiterverband erneut mit der Organisation der Straßenbahn befaßte, und zwar mit Erfolg, so daß ein einheitliches Vorgehen aller städtischen Arbeiter in dieser Frage zu erwarten ist.

### Arbeiterversammlungen in Stuttgart.

Am 1. Oktober d. J. fanden für die Stuttgarter Gemeindefabriken wieder die alle 2 Jahre wiederkehrenden Wahlen zum Arbeiterversammlung statt.

Zum Zweck der Aufstellung der Kandidaten, wie auch zur Entgegennahme des Berichts über die Tätigkeit des bisherigen Arbeiterversammlunges fand am 25. September eine gutbesuchte öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshause statt. Die ersprießliche Tätigkeit des abtretenden Arbeiterversammlunges wurde allerseits anerkannt. Nach eingehender Diskussion gelangte die nachstehende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heute, den 25. September 1908, im Stuttgarter Gewerkschaftshause versammelten städtischen Arbeiter nehmen mit Befriedigung Kenntnis von der Tätigkeit des bisherigen Arbeiterversammlunges. Die Versammelten anerkennen, daß sich der Arbeiterversammlung während seiner Amtsdauer redlich bemüht hat, in Verbindung mit der Organisation, für eine Hebung der Lage der Stuttgarter Gemeindefabrikarbeiter zu wirken.

In Erwägung dessen, daß es auch dem am 1. Oktober zu wählenden neuen Arbeiterversammlung nur dann möglich sein wird, die Interessen der städtischen Arbeiter wirksam zu vertreten, wenn er sich in jeder Beziehung der Organisation unterordnet und nur in Verbindung mit dieser seine Beschlüsse faßt, fordern die Versammelten die aufzustellenden Kandidaten auf, ihre Tätigkeit nur in diesem Sinne aufzufassen.

Des weiteren ersuchen die Versammelten die aufzustellenden Kandidaten, nach der Wahl auch jeder Einberufung zu den Sitzungen des Arbeiterversammlunges, sowohl den vorbereitenden, wie den offiziellen, Folge zu leisten.

Um eine genaue Kontrolle über die Beteiligung der Arbeiterversammlung an den einzelnen Sitzungen zu haben, hat die Organisationsleitung dafür Sorge zu tragen, daß seitens des Vorsitzenden des Arbeiterversammlunges genau Buch hierüber geführt wird.

Nach mehr als dreimaligem, nicht durch Krankheiten verursachten Fehlen ist der betreffende Arbeiterversammlung aufzufordern, sein Amt niederzulegen, bzw. ist zu den folgenden Sitzungen nur noch der nächste Ersatzmann einzuladen.

Als nächste Aufgabe für den Arbeiterversammlung erachtet die Versammlung, eine Revision der derzeit geltenden Arbeitsordnung anzutreten, und wird daher der neue Arbeiterversammlung im voraus beauftragt, in Verbindung mit der Organisationsleitung einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten und einer noch im Laufe des Herbstes stattfindenden weiteren Versammlung vorzulegen.“

Die Aufstellung der Kandidaten war rasch erledigt, da sie bereits durch 16. der allgemeinen Versammlung vorausgegangenen Betriebsversammlungen nominiert waren.

Insgesamt wurden 58 Mandatanten benötigt, und zwar je 20 Vertreter und Ersatzmänner, die sich auf 10 Betriebe verteilten. Zwei Betriebe blieben diesmal noch ohne offizielle Vertretung, und zwar die Forstverwaltung, die keine 10 Arbeiter dauernd beschäftigt, und die städtischen Puherrinnen, weil in der bisher geltenden Arbeitsordnung nur eine Vertretung der männlichen Arbeiter vorgesehen ist. Durch die kommende Revision der Arbeitsordnung soll man auch hier Wandel geschaffen werden.

Die am 1. Oktober vorgenommene Wahl des Arbeiterversammlunges brachte denn auch das erwartete Resultat. Die Wahlberechtigung ließ zwar zu wünschen übrig. Von 1325 Wahlberechtigten\*) übten nur 875 oder 66 Proz. ihr Wahlrecht aus. Da von keiner Seite irgendwelche Gegenwehr zu befürchten war, glaubte eine große Anzahl der Kollegen, daß ihre Stimme auch entbehrt werden könne, und blieben deshalb der Wahl fern. Die am den Tag gelebte Gleichgültigkeit kann jedoch nicht scharf genug gerügt werden, da ohne weiteres angenommen werden muß, daß auf diese wahlfaulen Kollegen auch bei anderer Gelegenheit kein großer Verlaß ist.

Die Parole: „Der Stimmzettel muß unangewandelt abgegeben werden!“ wurde dagegen beinahe durchwegs befolgt; ein Beweis für die unter den Kollegen herrschende Disziplin. Nur im Gaswerk Cannstatt mußte sich die bekannte Kundemannsche Clique Stimmzettel von der Organisation zu verschaffen, um auf denselben diese disen Anstößigen nicht genehmen Mandatanten zu schreiben und dafür ihre eigenen Namen zu setzen. Mit dem Ausbau des Gaswärtner Gewerks wird das Cannstatter Werk aufgeschlossen werden, dann wird über diese Angelegenheit weiter zu reden sein.

Eine leichte Arbeit hat nun auch der neugewählte Arbeiterversammlung nicht vor sich. Doch ist zu hoffen, daß es ihm, in Verbindung mit der Organisation, gelingt, durch ehrliche Wahrnehmung der Interessen der Kollegen sich deren Vertrauen zu erwerben. Auch wird es Aufgabe des Arbeiterversammlunges sein, kein Mittel un-

\*) Anmerkung: Wahlberechtigt ist jeder volljährige männliche Arbeiter nach einjähriger Dienstzeit. Wählbar ist jeder wahlberechtigte Arbeiter, der am Wahltag mindestens 25 Jahre alt ist. Auf je 50 wahlberechtigte Arbeiter, bzw. falls der überschneidende Bruchteil mehr als 25 beträgt, ist je ein Vertreter und ein Ersatzmann zu wählen. Die Vertreterwähler wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, sowie den Schriftführer und dessen Stellvertreter.



Die Steigerung ist auch nur auf einige Gewerkschaften zurückzuführen, vornehmlich auf den Bauarbeiterverband, der nach der Verschmelzung der verschiedenen Berufsorganisationen zu einem Industrieverband seine Mitgliederzahl ganz bedeutend gesteigert hat. Die Nettoeinnahmen der Konföderation betragen 21719 Frank, die Ausgaben 23531 Frank. Die Einnahmen aus den Beiträgen allein (4,40 Frank pro 1000 Mitglieder und pro Jahr) betragen 22237 Frank. Dem Verband der Arbeitsbörsen sind 157 Gewerkschaftskartelle mit 2029 Zweigvereinen gegen 135 Kartellen mit 1609 Zweigvereinen vor zwei Jahren angeschloffen.

Zwei Gegenstände waren es, die den Kongress vornehmlich beschäftigten und bei denen es zu großen prinzipiellen Debatten kam: die internationalen Beziehungen und der Antimilitarismus. Beide Fragen sind eng verknüpft mit der inneren Taktik der französischen Gewerkschaften.

Es ist bekannt, daß die französische Konföderation seit dem Beschluß der Konferenz der Gewerkschaftszentralen von Amsterdam, Verhandlungen über die Taktik von den Konferenzen auszuschließen, nur mehr rein formell dem internationalen Sekretariat angeschlossen ist. Es war die Forderung der Konföderation, den Antimilitarismus, den Generalkongress und den Achtstundentag auf die Tagesordnung der Konferenzen zu setzen, die diesen Beschluß bereitbrachte. Der Gewerkschaftskongress von Amiens hatte beschlossen, daß die Konföderation auf neue Verlangen sollte, drei Punkte auf die Tagesordnung zu setzen und von der Erfüllung dieser Forderung die Teilnahme an der Konferenz abhängig gemacht. Die Konföderation war diesem Beschlusse nicht nachgegeben, was sehr scharf kritisiert wurde. Wenn die Haltung des Komitees trotzdem gebilligt wurde, dann geschah dies nur, um die eingetragenen Mitglieder nicht zu desavouieren.

Man hat man inzwischen eingesehen, daß eine Diskussion der verwickelten Fragen auf einer Konferenz von Landessekretären nicht angemessen ist, sondern daß dazu ein internationaler Kongress allein kompetent ist. Da aber die Mehrheit der Gewerkschaften Frankreichs zurzeit die Teilnahme an den internationalen Sozialistenkongressen ablehnt, wurde das Verlangen gestellt, neben diesen noch allgemeine internationale Gewerkschaftskongresse einzuberufen, wo die Frage des Antimilitarismus usw. beraten werden soll. Nach einer sehr heftigen und langen Debatte wurde folgende Resolution mit 722 gegen 411 Stimmen, die auf die Kinderarbeitresolution entfielen, angenommen:

Der Kongress, indem er festsetzt, daß die Beziehungen mit dem Sekretariat niemals gebrochen waren, verurteilt den Widerspruch der Konferenz von Aristidaia, die unter Verleumdung des konföderalen Organismus und unter dem unrichtigen Vorwande, daß die Vorschläge der französischen Konföderation von der Konferenz der Gewerkschaftszentralen nicht diskutiert werden können, da sie einen politischen Charakter haben, die gewerkschaftlichen Organisationen Frankreichs bietet, an der politischen Aktion einer Parteitagung teilzunehmen, um diese Vorschläge zu diskutieren. Der Kongress, erwägend, daß die internationalen Konferenzen, einzig aus Ge-

werkschaftsbeamten zusammengesetzt, nicht der genaue Ausdruck der Ideen und Bestrebungen der international vereinigten Arbeiter sein können, daß außerdem das Programm, das sie sich gesetzt haben, und wozu sie erklärt haben, unter keinem Vorwande abzuweichen, den Gewerkschaftszentralen nicht das nötige Interesse bietet, welche die zu ihrer Teilnahme nötigen Opfer rechtfertigen. Der Kongress befiehlt nichtsdestoweniger seinen glühenden Wunsch, die internationalen Beziehungen wirksamer und enger zu gestalten. Er erinnert an die Resolution von Amiens, die er vervollständigt, dem konföderalen Komitee den Auftrag erteilend, die Einladungen zu erwidern, indem es verlangt, auf die Tagesordnung der Konferenz die Frage internationaler Arbeitskongresse zu setzen, wo die Vorschläge fortgesetzt würden, um die Fragen zu prüfen, deren Diskussion bisher systematisch verweigert wurde.

Damit hat sich die sozialistische Mehrheit eine Brücke gebaut, um aus der unhaltbar gewordenen Situation herauszukommen. Einen ähnlichen Rückzug traten die Sozialisten in der Frage des Antimilitarismus an. In der mit 681 gegen 121 Stimmen angenommenen Resolution ist vor Antipatriotismus keine Rede mehr — angeblich weil er nicht auf der Tagesordnung stand. Danach soll die Aufklärung der Arbeiter vom internationalen Gesichtspunkt aus betrieben werden, damit sie im Kriegsfalle „auf die Kriegserklärung mit der Erklärung des revolutionären Generalkongresses antworten“. Zu erwähnen wäre noch, daß nach ungeschilderter Debatte die proportionale Vertretung wieder mit 741 gegen 383 Stimmen verworfen wurde. Wenn die Diskussionen über die Arbeitszeitverkürzung und die Verampfung des Konvents auch ziemlich unklar waren, so kann doch im allgemeinen ein Fortschritt in der Abschätzung der Mittel und des Zieles konstatiert werden.

### Aus den Stadtparlamenten.

**Berlin.** Der Magistrat hat sämtliche städtischen Verwaltungen angewiesen, bei den Einstellungen von Arbeitern in erster Linie nur Ortsangehörige einzustellen. Ferner sind alle Verwaltungen angewiesen, Launen und Arbeiten, für die schon Arbeit, erste Maten usw. von den Gemeindebehörden bewilligt worden sind, sofort oder in nächster Zeit in Angriff zu nehmen, um den Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. — Wenn sich die Verwaltungen nach diesen Anweisungen nur richten wollten! Je nachfalls sollten unsere Kollegen ein wachsameres Auge auf die Durchführung haben und uns von dem Umgehen dieser Bestimmungen sofort Mitteilung machen.

**Berlin.** Mit Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit beschäftigt sich eine zu diesem Zwecke eingesetzte gemischte Deputation. In der ersten Sitzung am 11. Oktober wurde zunächst zur Kenntnis genommen, daß erneut Verfügungen seitens der Dezentralen der einzelnen städtischen Verwaltungen bezugs Finanzsinnahme bezw. Beschleunigung aller bereits etablierten Arbeiten für die bevorstehenden Wintermonate erlassen werden sollen, um so weit als möglich Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Diesem soll noch besonders dadurch Nachdruck gegeben werden, daß der Magistrat

passende Gegenstände ins Dändchen stellt. Sie erfolgen nicht so regelmäßig und maßdienmäßig wie die Reflexbewegungen, sondern bedürfen eines gewissen Gemütszustandes, den man als Stimmung bezeichnen kann. Von den reflektorischen und instinktiven Bewegungen des Kindes unterscheidet man noch eine dritte Sorte angeborener Bewegungen, die man als impulsive bezeichnet. Bewegungen, die ohne Willen und ohne äußere Sinnesreize entstehen. Dazu rechnet man das Nienenspiel kleiner Kinder, ihr Augenrollen, ihr zweckloses Strecken und Beugen von Arm und Bein usw. Diese Bewegungen treten mit dem Ende des zweiten Lebensjahres, wo der Wille des Kindes seinen Körper zu beherrschen gelernt hat, zurück und verschwinden ganz.

Nachdem das Kind im Anfang des zweiten Lebensjahres gut gehen gelernt und sich durch den aufrechten Gang auch in seiner äußeren Erscheinung über das Tier emporgehoben hat, bildet es sich nun, als Hauptförderungsmitel seiner geistigen Entwicklung, im Sprechen aus. Schon im zweiten Halbjahr seines Lebens offenbart sich als ein wichtiges Mittel zur Erlernung der Sprache der Nachahmungstrieb. Nach vorgesprochenen Worten spricht das Kind den Mund, und bald darauf wiederholt es die gehörten Laute. Mit 1½ Jahr werden einzelne Worte nachgesprochen und mit 1½ Jahr schon kleine Sätze. Am Ende des zweiten Jahres beginnt die freiwillige Selbstbildung mit der Verbindung zweier Worte, gewöhnlich einem Hauptwort und einem Zeitwort in der Grundform, z. B. „Kümmen artig sein“ soll heißen: Marie will artig sein. Auch ein erstes Urteil wird in diesem Alter ausgesprochen, z. B. in dem einzigen Wort: heiß, etwa in Gegenwart der gereichten Milchsuppe, was so viel bedeutet soll wie: „Diese Milch ist mir zu heiß“, und mit einer abweichenden Bewegung wird deren Annahme verweigert.

Anfang des dritten Jahres erscheinen kleine Sätze aus drei, vier oder fünf Worten, gewöhnlich aus einem Hauptwort, einem Zeitwort in der Nennform und einem Umstandswort bestehend. Sodann folgt der Gebrauch der Verbalnischwörter und Geheiß-

wörter und die Anwendung des persönlichen Fürworts. Auch der Gebrauch des Zeitworts in den verschiedenen Zeitformen fängt nun an und die Bildung von Begriffen aus Gegenständen, die nur ein oder wenige gemeinschaftliche Merkmale haben.

Dann erscheinen allerhand Fragewörter: Wo? was? welches? In derselben Zeit taucht zuerst das unbestimmte Geschlechtswort „ein“ auf. „Ich“ sagte das Kind von Freyer zuerst im zweimonatigen Lebensmonat, doch darf man diesem Wort nicht die große Bedeutung beilegen, wie manche Philosophen es taten, in der Meinung, mit dem ersten „Ich“ sei des Menschen Selbstbewußtsein, sein höchstes geistiges Bestium, plötzlich erwacht. Das ist ein Irrtum. Das Kind betrachtet anfangs seine eigenen Glieder als merkwürdige, ihm neue Erscheinungen und behandelt sie demgemäß rücksichtslos. Durch die so erzeugten schmerzhaften Empfindungen wird es dann aber gewahr, daß diese Glieder zu ihm gehören, und von da ab betrachtet es die Außenwelt als im Gegenjag befindlich zu seinem Körper, zu seiner Persönlichkeit, d. h. zum eigenen Ich. Dadurch ist ihm, und zwar gelehrt das ganz allmählich, das Bewußtsein seiner selbst anzuerkennen, was es aber ohne Sprache noch nicht auszudrücken vermag. Es gibt eben auch ein wortloses laienisches Denken. Später, wenn das Kind sprechen kann, nennt es sich anfangs so, wie es von anderen Personen angerufen wird, und erst noch später, vermittels einer Abstraktion, so, wie andere sich nennen, nämlich „ich“.

Mit der Sprache hat das Kind einen unschätzbaren Gewinn gemacht, indem es mit ihr einen Vorrat von in vielen verschiedenen Menschengeschlechtern anzuwendenden laienischen Begriffen gleichsam auf einmal erbt. Sie, die Sprache, wird dem Kinde nun auch das Mittel, sein Ursachendefizit zu befriedigen, und es trägt nun mit einer Unverdorrenheit und Unvorsichtigkeit, daß es den Angehörigen damit direkt zur Last fällt.

Im dritten Jahre bildet sich auch des Kindes Charakter aus, und seine Selbstbeherrschung beginnt als das edelste Glied menschlichen Geistes.

für die Durchführung dieser Maßnahmen besonders Sorge trägt. Ein dahingehender Beschluß wurde einstimmig gefaßt, nachdem besonders von unseren Genossen auf den wenig durchgreifenden Erfolg solcher Verfügungen im vorigen Winter hingewiesen wurde. Dem ausdrücklichen Verlangen der sozialdemokratischen Deputationsmitglieder, Entlassungen in häuslichen Vertrieben, wie es in der Betriebsverwaltung bereits geschehen, nicht vorzunehmen, wurde dadurch entsprochen, daß berichtet wurde, es sollten nicht nur nicht weitere Entlassungen erfolgen, sondern durch die Inangriffnahme des Schillerperks weitere Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Weitere sogenannte Notstandsarbeiten seien nicht in Aussicht genommen und, soweit es sich um unwirtschaftliche Unternehmungen handele, auch nicht gut möglich. Der Begründung des der Deputation überwiesenen sozialdemokratischen Antrages auf durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit in allen städtischen Werken, um dadurch weitere Arbeitsmöglichkeit zu schaffen und der Arbeitslosigkeit zu wehren, wurde wesentliches nicht entgegengefaßt, doch bezog man sich mit der Erklärung des Bürgermeisters, daß die Sache „in der Schwebe“ sei und die Beratungen innerhalb des Magistrats doch erst zum Abschluß kommen müßten. In die Beratung der Punkte „kommunale Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System“ wurde nicht mehr eingetreten, sondern aufgegeben, zunächst mal eine durchgearbeitete und begründete Vorlage bezw. entsprechende Anträge innerhalb vier Wochen dem Magistrat einzureichen, die dann vielfältig und allen Mitgliedern der Deputation zugestellt werden. Dann sollen weitere Sitzungen folgen, die sich eingehend mit dieser Frage befassen. Es sind von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion sofort alle Vorbereitungen getroffen worden, nachdem Klarheit geschaffen, daß von Seiten des Magistrats auch in dieser Sache eine Initiative nicht zu erwarten ist. Der begründete Antrag auf Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung wird also durch Einreichung einer wohlausgearbeiteten Vorlage gestellt werden; wie die Stellung der Vertreter des Magistrats und der Bürgerlichen in der gemischten Deputation ist, wird sich ja dann zeigen. Durch Mehrheitsbeschluß der Stadtverordnetenversammlung ist diese Deputation aber dazu verpflichtet worden, auf das ermittelte die Möglichkeit einer solchen Versicherung zu prüfen. — Weil wir unsere Pappenheimer kennen, erscheint uns indessen eine baldige einschneidende Tat sehr unwahrscheinlich! (Siehe auch Leitartikel.)

**Charlottenburg.** Eine schwere Enttäuschung bedeutet die Vorlage betreffend Abänderung der Bestimmungen über die Gewährung von Ruhe-, Witwen- und Waisengeld für städtische Bedienstete ohne Beamtencharakter einschließlich der Arbeiter, mit der sich die Stadtverordnetenversammlung demnach beschäftigen wird. Bei der Etatsberatung hatte der Bürgermeister eine Reihe von Änderungen in Aussicht gestellt, die den städtischen Angestellten tatsächlich Vorteile gebracht hätten; so eine Herabsetzung des rabgehaltstfähigen Lebensalters von 25 auf 18 Jahre, eine Doppelberechnung der Ariensdienstzeit, eine Zurrückrechnung mit erstem 65. Lebensjahre ohne Erfordernis des Nachweises der Dienstfähigkeit, eine anderweitige Berechnung der Unterbrechungszeiten, eine Beschränkung der Abrechnung der Invaliden- und Unfallrente, die Gewährung eines Gnadenquartals bei Todesfällen, die Erhöhung des Mindestwittwengeldes von 250 auf 300 Mk. und vor allem die Gewährung eines Rechtsanspruchs. Von alledem empfiehlt die neue Vorlage so gut wie nichts, sie beschränkt sich, soweit städtische Arbeiter und Angestellte in Betracht kommen, darauf, die Voraussetzung der Gewährung des Ruhelohnes an eine mindestens zehnjährige ununterbrochene Beschäftigung im städtischen Dienst nach vollendetem 17. (bisher 18.) Lebensjahre zu knüpfen, den Ruhelohn auf  $\frac{1}{2}$  statt bisher  $\frac{1}{3}$  nach vollendetem zehnten Dienstjahre zu bemessen, das Wittwengeld von mindestens 250 auf mindestens 300 Mk. zu erhöhen, statt des Gnadenmonats ein Gnadenquartal einzuführen und den Änderungen rückwirkende Kraft vom 1. April 1907 ab zu geben. Die gleichen Änderungen sollen für Feuerwehmannschaften und für die städtischen Schwärmer getroffen werden. Eine gründliche Reform glaubt der Magistrat mit Rücksicht auf die in Aussicht gestellte reichsrechtliche Regelung der Ruhe- und Waisengelder, die reichsrechtliche Regelung der Pensions- und Hinterbliebenenversicherung für Privatangestellte und die Reform der Invalidenversicherung in Verbindung mit der Reform der Krankenversicherung nicht vornehmen zu können. Das nennt man Sozialpolitik des Charlottenburger Magistrats, der im Aufse einer sozial vorgeschrittenen Behörde steht! Wir kommen demnach eingehender auf die neue Vorlage zurück.

**Lebshilfe.** Die Lebshilfe der häuslichen Lohnarbeiter wurden auf Beschluß der letzten Stadtverordnetenversammlung um 10 Proz. erhöht. Leider verlag man mitzuteilen, wie niedrig der bisherige Lohn war.

**Magdeburg.** Die Stadtverordneten beschloßen auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, sämtliche städtischen Angestellten gegen die Folgen eines im Dienste erlittenen Unfalls zu versichern. Bisher waren nur die städtischen Beamten gegen Unfall versichert. Den im Dienste der Stadt nur teilweise beschäftigten Personen soll bei der Rentenberechnung das Einkommen aus Haupt- und Nebenwerb bis zum Gesamthöhebetrage von 2000 Mk.

in Anrechnung gebracht werden. Das Risiko der Versicherung übernimmt die Stadt selbst, da eine Umfrage bei anderen Städten und bei Versicherungsgesellschaften ergeben hat, daß der Umfang des von der Stadtgemeinde zu übernehmenden Risikos sich in mäßigen Grenzen halten wird und daß, gegenüber den von den Versicherungsgesellschaften geforderten Prämien, die Selbstversicherung für die Stadt bei weitem vorteilhafter ist.

**Stonfang.** Der Bürgerverschlag hat für die städtischen Beamten und Arbeiter Feuerzusulagen beschloßen. Die verheirateten Beamten und Arbeiter erhalten 100 bzw. 40 Mk., die ledigen 40 bzw. 20 Mk., sofern sie mindestens ein Jahr in städtischen Diensten stehen.

## Aus unserer Bewegung.

**Berlin.** In einer am Sonntag, den 11. Oktober, abgehaltenen allgemeinen Betriebsversammlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Köhrensche System sprach H. M. Puschke über: „Die Arbeitervereine als Vertretung für die Arbeiter“. Redner legte in längeren Ausführungen dar, daß die heutigen Arbeitervereine im Sinne des Wortes als Vertretung der Arbeiter nicht aufzufaßt werden können. Die wirkliche Vertretung für die Arbeiter kann nur durch die Organisation geschehen. Trotz der geringen Bedeutung der Arbeitervereine wollen wir jedoch diese benutzen, um herauszufinden, was irgend möglich ist. — Nachdem erstattete der Arbeiterausschuß Bericht von der letzten Sitzung. In derselben wurde die ablehnende Antwort der Direktion in bezug auf die Fahrgastentschädigung innerhalb und außerhalb Berlins verhandelt. Die Fahrgastentschädigung innerhalb Berlins wurde seitens des Vorsitzenden als unbedeutend betrachtet. Nur außerhalb Berlins zwei Stunden pro Tag zu vergüten, könne nur für die zweiten Vororte in Frage kommen. Es wird die Antwort der Direktion abzuwarten sein, wie sie sich erneut dazu stellt. In der am 15. Oktober stattgefundenen Sitzung sind auch die Anträge auf Herabsetzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zum Etat 1908/10 verhandelt worden und der Deputation überwiesen. — Infolge des Ausscheidens eines Arbeiterausschußmitgliedes findet am 22. Oktober eine Ersatzwahl statt und wurde H. M. Puschke als Kandidat aufgestellt. — Nachdem noch einige Wünsche zur Sprache kamen, die in einer späteren Ausschußsitzung erörtert werden sollen, wurde noch bekannt gegeben, daß Ende November an einem Sonntag ein Vortragsabend mit gefälligem Beisammensein stattfinden soll.

**Berlin.** (Revierinspektionen.) In der am Freitag, den 16. Oktober stattgefundenen allgemeinen Betriebsversammlung referierte H. M. Puschke über: „Welche Lehren hat die Arbeiterchaft aus der Krise zu ziehen?“ Redner schilderte den Krisen, die verschiedenen Arten und die Entstehung der Krisen, ihre Folgen und Reaktionen für die Arbeiterchaft und folgerte, daß die Arbeiterchaft für den Fortbestand der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsverfassung gar kein Interesse habe. Vielmehr durch Ausbreitung der gesamten Arbeiterbewegung, durch Anschließung der politischen, konsum und gewerkschaftlichen Organisation dahin zu streben sei, daß an Stelle der kapitalistischen der sozialistischen Gesellschaftsverfassung gesetzt werden kann. — Aus dem Bericht des Arbeiterausschusses ging hervor, daß die feierliche Sitzung der Deputation übermittelten Anträge rundweg abgelehnt sind. Die Anträge betrafen die unentgeltliche Benutzung der Volksbäder, Urlaubsvorordnung und die Protokollabdruck. In der Sitzung vom 7. Oktober sind die Anträge zum Etat 1908/10 bereits verhandelt worden. Betroffene Materials für Antragsanträge sollen im November Ausschussgruppenversammlungen stattfinden. — Für die zweite Arbeiterausschußsitzung macht sich eine Ersatzwahl notwendig. Sie findet am 23. Oktober statt und ist H. M. Puschke als Kandidat aufgestellt. — Die Erneuerung der Verfügung, wonach die Standaufnehmer 150 Stände inklusive fehlende bringen sollen, verlangt, daß die Standaufnehmer bei den fehlenden genau angeben sollen, um welche Zeit sie da waren und wo eventuell der Monument ist. Wenn derartige Angaben gemacht werden sollen, so muß man aber auch die Zeit dazu geben. Der Wandel zu schaffen, ist Sache des Ausschusses mit. Allgemeine Erregung rief es hervor, als angeführt wurde, daß hier und da 150 bis 200 Stände gebracht werden. Zunächst liegt es an den Arbeitern selbst! Wann werden die Standaufnehmer ertraden? Wenn es zu spät sein wird, wenn sie die Standaufnahme höher werden, dann werden sie launischer. Aber da auch seitens des Magistrats die Tuberkulose bekämpft wird, so sollten die unteren Verwaltungsstellen sich durch das Nachbringen einzelner Heilsporne nicht verleiten lassen, noch mehr zu fordern, wodurch der Tuberkulose nur neue Opfer zugeführt werden. Man sollte auch für die Führung als Standaufnehmer nicht an der Prämie von 150 Ständen halten, wie dies einzelne Inspektoren tun. Wer also diese Anzahl nicht bringt, eignet sich nicht nach Ansicht dieser Inspektoren zum Standaufnehmer. Arbeitshaupt macht sich bei einzelnen Inspektoren ein einseitiger Zug geltend, der darauf schließt läßt, daß ein als Inspektoren fungierender Inspektor mehrfach seine Hand im Spiele hat und nach Schornmaderart den Inspektoren rät, Exempel zu statuieren, damit die Leute

mehr Achtung vor Autorität und Disziplin haben. Mit anderen Worten, wer sich irgendwie beschwert oder sonstwie den Inspektor in Anspruch nehmen muß, dadurch es waagt, ihn zu belästigen, einfach zu entlassen. Sind doch Entlassungen vor sich gegangen, wo u. a. ein Arbeiter nach dem Unfall vom Inspektor seine Papiere erhielt. Die Direktion hat auf Vorkostigwerden denjenigen wieder eingestellt. Wer trägt nun in diesem als auch in einem anderen ähnlichen Falle den Lohnausfall? Die Schuld trifft die Inspektoren und dafür kann doch der Arbeiter nicht büßen. Es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn das Vorgehen gegen die ihnen unterstellten Arbeiter ein menschenwürdigeres zu kennen wäre. Als ein außerordentlicher Mißstand zeigen sich bei Umzugszeiten die kleinen Mäumlidseiten der Inspektionen und werden da zur Aufbewahrung der abgenommenen Gasmesser die Aufenthaltsräume der Arbeiter mißbraucht. Wenn sich in manchen Räumen 200 und noch mehr Gasmesser befinden, so kann man sich eine Vorstellung machen, was für ein Geruch von den ausdünstenden Gasmessern sich bemerkbar macht und daß ein Aufenthalt in solchem Räume nicht gerade gesundheitsfördernd ist.

**Düsseldorf.** Am 10. d. M. tagte im Restaurant „Alt-Bayern“ unsere gut besuchte Monatsversammlung. Auch die Frauen der Mitglieder waren zahlreich vertreten. Kollege **Heinrich** hielt einen Vortrag über: „Die Feinde der Gewerkschaftsbewegung“. Redner betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß oftmals auch die Frauen der Arbeiter die heftigsten Gegner der Organisation seien, oft sei es vorgekommen, daß Arbeitstollegen, dem Trude der Frau nachgebend, dem Verbanne den Rücken gelehrt haben. Er legte den Frauen klar auseinander, daß gerade sie in allererster Linie unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben und forderte sie auf, bei der Aufklärungsarbeit unter den Kollegen nach Kräften zu helfen. Hierauf wurden einem Kollegen die Kosten für einen gerichtlichen Vertreter teilweise bewilligt. Nachdem noch einige andere Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Mün.** Die am Sonntag, den 11. Oktober, im „Volkshaus“ stattgefundene Mitgliederversammlung war gut besucht. Der Kassierer, **Holl. Lehnen**, gab zunächst den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Nettoeinnahmen betragen 2530,49 M., einschließlich des Kassenbestands 3161,60 M., die Ausgaben 1185,45 M. An Unterstützungen wurden insgesamt ausbezahlt 341,17 M. An den Verbandsvorstand gehen 1585,77 M., abzüglich von 254 M. in Leistungen. An Marken wurden umgekehrt a 35 Pf. 81 Stüd., a 45 Pf. 1896 Stüd., a 50 Pf. (Eintrittsmarken) 69 Stüd. Die Mitgliederzahl liegt bei 433 auf 460. Die Abrechnung für Wülheim wird später separat gegeben. Vom Sommerfest konnte die Abrechnung noch nicht vorgelegt werden. Die Versammlung drückte den Wunsch aus, daß in der nächsten Mitgliederversammlung das Verbandsmitglied nachgeholt wird. **Holl. Schäfer** gab hierauf in längerer Ausführungen einen Bericht über die Tätigkeit der Filiale. Es fanden insgesamt 51 Zusammenkünfte statt, die er leitete bzw. besuchte. Die Besprechungen und Versammlungen waren im Durchschnitt von 17 Personen besucht. Dies befriedigte nicht. Zu begrüßen sei es, daß trotz der Steigerung der Einnahmen die Ausgaben für persönliche Verwaltung niedriger seien. An Neuanten wurden 43 beigetragen. Eingaben wurden 10 angefertigt, die Presse wurde in 16 Fällen beantragt, Flug- und Sondzetteln wurden insgesamt 48, und zwar in einer Auflage von 5500 Stück verteilt. Verteilungsgänge waren es 242, Ausgänge 638. Außerdem gingen ein 130 Zeitdrücker und 27 Zeitungen. Die Filiale habe sich nicht gar zu sehr an Mitgliedern vermehrt, wie dies in Anbetracht der vielen Hunderten indifferenten Kollegen zu erwarten gewesen sei. Desho mehr habe sich die Filiale innerlich gekräftigt. Unsere Position sei nicht mehr zu gefährden. Nun hieße es weiter bauen. **Holl. Schiefer** wies darauf hin, daß alle Befürchtungen, durch Beitragserhöhung gingen unsere Mitglieder verloren, grundlos gewesen seien. Eine rege Debatte folgte. Nachdem noch **Holl. Lehnen** den Unterkassierern für ihre tatkräftige Unterstützung gedankt hatte, wird ihm einstimmig Entlastung erteilt. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

**Leipzig.** Die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die der Thüringer Gasanstalten hatten sich am Freitag, den 9. Oktober, im Volkshaus zahlreich versammelt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen **Knorr**, **Stünne** und **Kecke** in der üblichen Weise gelehrt. **Alsdam** referierte Genosse **Pinckau** über das Thema: „Londoner Straßenbilder“, dem die Versammelten mit aufmerksamer Interesse folgten. Die Abrechnung vom 3. Quartal, die **Holl. Schürdt** gab, wies einen erfreulichen Fortschritt auf. Die Einnahme betrug 5269,96 Mark, die Ausgabe inklusive der abgeschickten Gelder an den Verbandsvorstand 3830,51 M., so daß ein Kassenbestand von 1430,45 Mark am Orte verbleibt. Die Mitgliederzahl ist relativ gering, sie zeigt eine Steigerung von 88 auf 89 Mitglieder. Eine starke Attrition ist durch den häufigen Arbeitswechsel im Straßenreinigungsgewerbe zu verzeichnen. Jedoch kann die Beitragzahlung als auf gesunder Basis beruhend bezeichnet werden, da auf das Mitglied pro Quartal 12 gelebte Beiträge kommen. Dem Kassierer wurde sodann auf Antrag der Revisoren einstimmig

Decharge erteilt. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab einen Ueberschuß von 15,72 M. Zum 3. Punkt wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 9. Oktober im Volkshaus versammelten städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufsstände beauftragen die Arbeiterausschüsse, einen Antrag auf Gewährung einer Feuerungszulage an den Rat der Stadt Leipzig zu richten und zu vertreten. In Veranlassung dessen, daß die gegenwärtigen Lebensmittelverhältnisse unverhältnismäßig hoch sind in Leipzig, die Löhne aber eine ausgleichende Verbesserung in fast allen Messorts nicht erfahren haben, erwarten die Versammelten eine zustimmende Haltung vom Räte zu diesem Antrage. Da weiterhin nicht zu bestreiten ist, daß die vorjährige Gehaltszulage der Gemeindefunktionäre lediglich aus den Rücksichten der allgemeinen Feuerung erfolgte, erwartet die städtische Arbeiterschaft beiderlei Geschlechts eine gleiche Veranschlagung zugunsten ihrer Lohnverhältnisse.“ — **Holl. Schürdt** teilt einen Beschluß des Vorstandes mit, wonach Bildungskurse für die Vertrauensmänner oder sich dafür interessierende Mitglieder für sechs Abende in Aussicht genommen sind, davon drei in diesem Jahre, wovon der erste am Sonntag, den 18. Oktober, abends 7 Uhr, seinen Anfang nimmt. Ein Antrag, ein Winterfest in diesem Jahre abzuhalten, wurde mit 45 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

**Lindbergmühle** (bayer. Wald). Am Sonntag, den 4. Oktober, fand im Deutschen Gasthaus eine außerordentliche Waldarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege **Wesf. Münder** über „Hoch und Niedrig der Organisation sowie Stellungnahme zu einer Lohnverbesserung“ sprach. Der Redner führte den Versammelten vor Augen, wie notwendig der Zusammenschluß der Holzbauer in gewerkschaftliche Organisationen ist, um dadurch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Daß man es verstanden hat, die Arbeiter durch niedrige Löhne, lange Arbeitszeit sowie schlechte Behandlung unterwürdig zu machen. Gerade der niedrige Tagelohn ist es, der die Holzbauer in den Afford hineinreibt, wo sie dann skatzen müssen, um einige Pfennige mehr über den Tagelohn zu verdienen. Allein auch die Forstämter verstehen sich aufs Ausbeuten der Arbeitskraft vorzüglich, da ja Affordarbeit bei den meisten Forstämtern auf der Tagesordnung steht. Durch diese Treiberei wird die Unfallziffer nicht kleiner. Man möchte fast der Ansicht sein, daß Vater Staat ganz vergiße, daß die Holzbauer von dem Verdienst der Holzarbeit leben müssen, sonst könnte es doch unmöglich sein, die armen Teufel von Holzbauern so schlecht für die schwere Arbeit (die dem Staat jährlich Millionen an Ueberschuß abwirft) zu entlohnen. Wer Gelegenheit hat, in eine Dulle eines Holzbauers Einsicht zu bekommen, der wird sich mit Schauern abwenden: Aus allen Fugen litters Fleid und furchtbare Not. Dabei laufen diese Leute noch Gefahr, über Winter arbeitslos zu sein; was aber dann? Geradezu traurig sind die Erfindungsverhältnisse der Holzbauer im bayerischen Wald, und es ist höchste Zeit, daß die Arbeiter das einsehen und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sich organisieren. Auch mit der großen Arbeiterfürsorge ist es nicht weit her. Während die Holzbauer dem Vater Staat 25 Jahre und noch länger treue Dienste leisten und zum Wohle des Staates beitragen, werden sie, wenn die Arbeitskraft nicht mehr genug zum Ausbeuten vorhanden ist, auf sehr einfache Weise hinausgeworfen. Hier ein Beispiel: Ein Holzbauer vom Amt **Zwiesel** hatte volle 25 Jahre dort gearbeitet. Allein durch die schwere Arbeit einerseits und die Unterernährung andererseits ist der Mann gebückt und ausgemergelt und nicht mehr imstande, die Arbeit so leisten wie ein junger Arbeiter, der im Besitz seiner vollen Kräfte ist. Man möchte ihn deshalb gern los werden und entläßt ihn schließlich wegen Arbeitsmangel. Ganz gleich, ob der Mann nun durch Wettern sein Brot verdient oder sonstwie zugrunde geht. Das ist gewiß ein Zustand, der nicht aufrecht erhalten werden kann und es wäre an der Zeit, daß solche Mißstände aus der Welt geschafft würden. Es gebe im Forst Arbeit genug, die für so alte Arbeiterveteranen passen würde, um sie auch dann zu beschäftigen, wenn sie auf dem Schlachtfeld der Arbeit alt und gebrechlich geworden sind. Dabei ist das nicht der einzige Fall, der zu vergehen ist. So gibt es noch vieles zu verbessern. Auch die Behandlung der freiorганиzierten Arbeiter durch den Förster **Deiniger** läßt sehr viel zu wünschen übrig und wir können ihm nur raten, nicht immer mit zweierlei Maß zu messen. Den Holzbauern aber rufen wir zu: Organisiert Euch! Trete Mann für Mann für Verbesserung Eurer mißlichen Lage ein!

**München.** Am Sonntag, den 11. Oktober, fand im Gasthaus zur „Aren“, Mariabühlplatz, die Quartalversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt, in der **Walleiter Sebold** über den inneren Ausbau der Organisation referierte. Redner betonte, den Sektions- und Betriebsbesprechungen müsse in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden. Auf jedem Arbeitsplatz müsse ein Vertrauensmann vorhanden sein, der über Mißstände und allenfällige Vorkommnisse die Verbandsleitung auf dem Laufenden zu erhalten hat. Damit sei aber nicht gesagt, daß die einzelnen Mitglieder sich auf die faule Haut legen dürfen, denn im Kampfe für eine bessere wirtschaftliche Lage müsse jeder seinen Mann stellen und ebenso auch für Anwendung neuer Truppen wirken. Uebergend zur kommenden Gemeindevahl gab Redner ein Bild, wie sich voraussichtlich die einzelnen Parteien

gruppieren würden. Es sei wohl als sicher anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitervertreter eine Verstärkung erfahren werde, so daß die städtischen Arbeiter bei fleißiger Organisationsarbeit frohen Mutes in die Zukunft sehen dürfen. Aber nicht nur in der gewerkschaftlichen Organisation, sondern auch innerhalb der politischen Partei müssen die städtischen Arbeiter ihren Raum stellen. Nach einer Kritik der verschiedenen Rathbauseparteien kam Sebald zu dem Schluß: Wer die Vorgänge im Rathhaus während der letzten Wahlperiode genau verfolgt habe, werde nicht im Zweifel sein, welcher Richtung er seine Stimme zu geben hat. Anschließend an das Referat gab Herr Weigel den Rechenschaftsbericht vom 3. Quartal. Der Mitgliedsbestand hat sich von 1720 auf 1820 erhöht. Der Mitgliedsbeitrag stieg von 2588,75 Mk. auf 2726,91 Mk. Die Revisorin Frau Mühlhölzer betonte die Wichtigkeit des Massenbezirks und konstatierte, die Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden zu haben. Sodann kamen noch einige interne Punkte zur Erledigung. Auf Antrag der Sektion Gasanstalt Thälertorstraße wurde der Schlichter Pangraz Meil wegen Verschlingung gegen § 6 des Verbandstatuts einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen.

**Spandau.** Am 10. Oktober fand unsere Monatsversammlung statt. In derselben wurde nochmals zu unseren Forderungen Stellung genommen und einstimmig beschlossen, trotz Einsprüche von außen diese Forderungen dem Arbeiterausschuß resp. den vorgeschickten Behörden zu unterbreiten. Um einen noch regeren Versammlungsbesuch zu erzielen, wurde beschlossen, einen Kontrollstempel anzuschaffen und zukünftig beim Versammlungsbesuch jedem Kollegen das Mitgliedsbuch abzustempeln. Ferner wurden die Delegierten zur stattfindenden Kantonsparlamentwahl aufgestellt. Einige Kollegen traten dem Verbands bei.

**Unterbrunn.** Am Sonntag, den 11. Oktober, fand im Dörrschen Gasthaus eine Waldarbeiterversammlung statt, zu welcher auch die Kollegen aus den umliegenden Orten Gauting, Leutstetten und Oberdill herbeieilten; auch einige Bauern hatten sich eingefunden. Gauleiter Sebald-Wändchen schilderte in leicht faßlicher Weise, welche gemeinsame Interessen der Kleinäcker mit dem Lohnarbeiter verbinden. An einer Reihe von Beispielen schilderte Redner, wie der Arbeiter im betriebswirtschaftlichen Sinne nicht mehr Selbstzweck, sondern nur mehr Mittel zum Zweck sei und ging dann über auf die jüngste Lohnabnahme von 20 Pf. pro Tag für die Forstarbeiter. Tiefdinn ironisierte Redner das Beharren jener Ausbittler, die da immer sagen: das hätten wir so auch bekommen, während es doch Tatsache ist, daß die Aufbesserung in den um Rindchen liegenden Forstbezirken auf die Ausbittler mit dem Herrn Forstrat und des an die königliche Regierung gerichtete Gesuch zurückzuführen ist. Die anderen Forstämter, deren Arbeiter unserem Verbands noch nicht angehören, haben größtenteils noch nichts erreicht. Referent kam auch auf den Rotmeister von Oberdill zu sprechen, der einmal meinte, für das an den Verband gezahlte Geld sei es schade. Aber für die 20 Pf. pro Woche, die der Herr Rotmeister für das Auszahlen bekam, war es ausbleibend nicht schade, weshalb ihm nun auch die Arbeiter nichts mehr bezahlen. Zimmerlein hat auch der Rotmeister keine Aufbesserung angenommen, wie es die Ausbittler alle tun. Auch das Auszahlen geht jetzt in 1-1½ Stunden vor sich und man braucht nicht mehr erst den halben Lohn in einem Köpferhaus zu verbrühen. Sowieb Gewandtheit ist dem Rotmeister durch die Vorstellung des Gauleiters an zuständiger Stelle beigebracht worden. — Gestagt wurde auch über das Fortant Starberg, bei dem in letzter Zeit eine Alkoholsucht nur 2,10 Mk. pro Tag verdienen konnte. Trotzdem der Tagelohn laut den Beschlüssen der bayerischen Abgeordnetenkammer garantiert sein soll, wurde bisher nichts nachgezahlt. Mit dem Appell an die Waldarbeiter, durch Anwerben weiterer neuer Mitglieder die Aufklärung immer weiter zu treiben, damit sich auch endlich die Verhältnisse der Waldarbeiter bessern, schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Derselbe reichte sich eine gründliche, persönliche Aussprache. Mehrere Renonciaturen waren der Erfolg der gut verlaufenen Versammlung.

**Weihensee.** Wie uns aus den Reihen der Kollegen mitgeteilt wird, scheinen in dem der F. C. W. A. gehörenden Gaswerk recht arge Zustände zu herrschen, wir wollen heute eine kleine Probe hier der Öffentlichkeit mitteilen und bedanken uns vor, später aus der Nähe des uns mitgeteilten Materials mehr zu veröffentlichen. Ein alterer Arbeiter hatte, wie es öfters vorkommt, 1 Mk. für Telefon ausgesprochen, und verlangte das Geld wieder. Als er sah, daß man ihm das Geld, das er doch von seinem letzten Lohn für das Gaswerk ausgegeben hat, nicht geben wollte, wandte er sich an den Herrn Inspektor Topp. Doch da kam er schon an, dieser warf ihm alles mögliche vor, und als der Arbeiter die Vorwürfe satt hatte und fragte, ob er das Geld kriegen oder nicht, sprang Herr Topp vom Stuhl auf und beüllte den Arbeiter an, „er würde ihm am liebsten ein paar hinter die Ohren haufen“. Eine Kritik würde dies ja nur abschwächen, und darum wollen wir uns einer solchen enthalten. Herr Kiplinski, der den schmerzlichen Versuch eines Wagenführers im Gaswerk versucht, plaut nun, daß bei dem Weihensee System nur solche Arbeiter dabeiseien, die jeder Menschenwürde bar sind. Um das zu erreichen, werden die

im Verbands der Gemeindefarbeiter organisierten Leute schifaniert, bis sie fortgehen. Dann werden seine Landleute importiert. Um aber diese armen Leute vor jeder Auslieferung zu hüten, rehet ihnen der Herr P. so lange zu, bis sie dem katholischen Fins-Berein beitreten. Nun kann ihnen die Hölle recht heiß gemacht werden, sie hatten aus und laufen nicht fort, denn je schlechter sie es im Gaswerk haben, desto besser wird's nachher im Himmel! Vor kurzem waren ja ihre Vertreter in Rom und brachten dem Papst das Geld hin, wofür nun den Leuten der päpstliche Segen zuteil wurde. Tut der Verein auch nichts für's Leben, so doch nach dem Tode für die Seele. Trotz alledem hat unsere Organisation doch einen Vorteil, denn unsere Kollegen brauchen bloß das für den Gemeindefarbeiter zu tun, was Herr Kiplinski für den Fins-Berein tut, und der Erfolg wird und muß uns zufallen. Darum, Kollegen Weihensee, auf zur Agitation, sagt den politischen Kollegen, daß es weder ihrer Religion noch ihrer Nationalität etwas schadet, wenn sie sich der freien Gewerkschaft anschließen. Und alle vereint werdet ihr das System Topp bald überwinden haben.

**Wilmersdorf.** Verechtigtes Aufsehen erregt es unter der Arbeitererschaft von Wilmersdorf, daß bei der letzten Lohnzahlung zehn Straßenbahnarbeiter unerwartet ihre Entlassung erhielten. Un erwartet kam diese Maßregel, weil durch sie keineswegs nur die im Dienst jüngsten, sondern zum guten Teil auch ältere Arbeiter betroffen wurden, die bereits zwei bis drei Jahre bei der Gemeinde in Dienst standen. Diese Leute waren entweder eben in eine höhere Lohnstufe aufgerückt oder standen kurz vor einer Lohnerhöhung; motiviert wurde die Entlassung in der Öffentlichkeit damit, daß im Etat keine Mittel mehr für eine Verköstigung von Arbeitern in dem bisherigen Umfang vorhanden waren. Erst diese Begründung wirklich zu, dann läge darin ein charakteristisches Merkmal für die Stellung, die man einer sozialistischen Kommunalverwaltung gegenüber einnehmen zu können glaubt. Ein Ort wie Wilmersdorf, der sich von Jahr zu Jahr mit fast amerikanischer Schnelligkeit vergrößert, sollte eine ständige Vermehrung seiner Arbeitskräfte ins Auge fassen und nicht aus Gründen, die geradezu kraßwinklig anmuten, kurz vor Beginn des Winters Arbeiter auf die Straße setzen. Vieldeutiger aber trägt dieser Vorfall endlich zur Aufklärung unserer Kollegen in Wilmersdorf bei. Wieher hielten sie es in ihrer großen Mehrzahl nicht für notwendig, sich unserem Verbands anzuschließen, der mit Energie die Interessen seiner Mitglieder wahrnimmt und ihnen im Falle der Entlassung Arbeitslosenunterstützung zahlt. Auch hatten die Wilmersdorfer Gemeindefarbeiter bis dahin nicht den Mut, bei den Gemeindefwahlen sozialdemokratisch zu stimmen; ja zum Teil trugen sie durch ihr Stimmengewicht sogar zur Wahl reaktionärer Stadtvorstände bei. Und das, obwohl ihnen sehr wohl bekannt ist, daß es feinerzeit die sozialdemokratischen Gemeindevorordneten waren, die sich mit besonderem Nachdruck ihrer Interessen annahmen. Es bleibt abzuwarten, ob der hier mitgeteilte Vorfall dazu beiträgt, daß auch unter den Wilmersdorfer Kollegen endlich die Erkenntnis eintritt, die unter ihren Kameraden in Berlin und den meisten Vororten schon längst Platz genommen hat.

**Rundschau.**

**„Ca ça geschmauset“** — Am 25. September haben in Köln die deutschen Vaterländischer und Ärzte eine Versammlung abgehalten. Die Behörden molus haben denselben — natürlich auf Kosten der Steuerzahler — einen „Veranstaltungabend“ gegeben, über dessen Verlauf die nationalliberale „Mölnische Zeitung“ folgendes berichtet: Professor Waldener Kalla vom wissenschaftlichen Ausschuß wählte sich in wirksamer Weise Stellung zu verdrücken, indem er mit einem hüben Zuge des unvorsichtigen Ehrenbecker der Stadt Köln bis auf die Nagelprobe leerte. . . . So ging es denn fort bei Tanz und Scherz bis weit über Mitternacht, und die Trantstiepen und Schalken haben zwecklosne spater noch das Licht des neuen Tages begrüßt, nachdem sie dem Ehrentrunk der Stadt auch die bodenmöglichste Ehre angetan. Der Ehrentrunk wird schamhaft verschmähen, wie viele der langballigen Mölnen geclert worden sind, aber es sei beraten, daß sie zu 17000 Schmarken ein gar nicht ableses Gegenstand abgeben werden.“ — Das Staun der arbeitenden Arbeiter bemerkt zu diesem feindlichen Gespräch: „Weshalb so schamhaft? Niemand wird sich wundern, wenn die 17000 Schmarken mit 17000 Flaschen Rheinwein hinabtrinkt werden sind. Rehte doch der Alkohol in den wissenschaftlichen Vorträgen so gänzlich, daß es über übermäßig war, wenn die „Ärzte“ und Ärzte ihn in der Praxis um so gründlicher „entstörten“. Man weiß ja, daß auf dem Reite, das feinerzeit die Stadt Berlin dem internationalen Kongress gab, von 4000 Bergen 15000 Flaschen Wein und 22 Bektoliter bayerisch Bier ge-trunken wurden. Die Intention über die Alkoholsrage ist underte noch in den Kreisen der „Wissenschaft“ im allgemeinen und der Beizrecht im besonderen offensichtlich so groß, daß sich niemand über die alkoholischen Erfolge der Herrschaften wundert. Zu bemerken ist nur, daß es auch heute noch Leute gibt, die diesen „Autoritäten“ des praktischen Alkoholismus ein objektives theoretisches Urteil über die

Alkoholfrage zutrauen.“ — Aber hier leider nicht gerade ungewöhnliche Vorgang hat noch eine besondere Seite für unsere Kollegen. Seht auf diese werden von Seiten der Stadt zu opulenten Festen usw. locket gemacht. Für die Bewilligung unserer Forderungen, die oftmals nicht viel mehr betragen als die verprahten Gelder, „reichen die Etats nicht aus“. Wann wird diese Genußerei einmal aufhören?

**Eine Korruptionsaffäre in München.** Im städtischen Quellengebiet der Wasserversorgung München bei Thalham wurden am 20. Oktober 1906 57 Arbeiter entlassen. Da meist Mitglieder unseres Verbandes in Betracht kamen, nahm die Organisation zu diesen Entlassungen am 4. November 1906 in einer Massenprotestversammlung Stellung, über die wir seinerzeit berichtet haben. In der Diskussion erhob der jetzige Versicherungsbeamte Andreas Aher, der lange in dem städtischen Quellengebiet beschäftigt war, heftige Angriffe gegen den städtischen Bauamtmann Peve, den Leiter des Quellengebietes. Er behauptete, daß Peve seine Privatinteressen auf Kosten der Stadt München sehr gut zu wahren wisse, daß er zahlreiche städtische Arbeiter zu seinen Privatzielen verwandte, die Arbeitslöhne aber in die städtischen Wochenlöhne einsetze. Der Stadtmagistrat München stellte gegen Aher Strafantrag, dem sich der Bauamtmann als Nebenklager anschloß. In der schöffengerichtlichen Verhandlung wurde erwiesen, daß Peve Arbeiter oft tagelang in den Wald schickte, um für sich Fülze, Erdbeeren und Moos suchen zu lassen. Erwiesen wurde, daß der Bauamtmann städtische Arbeiter zur Ausführung eines ihm gehörigen Neubaus verwendete, daß städtische Arbeiter den Transport des Bauholzes und der Steine übernahmen, daß für diesen Neubau Steine aus dem städtischen Steinbrüchen entnommen und dafür nur 55 Mark verbucht wurden, obwohl der Wert der Steine mindestens 1500 Mark betrug, daß die nötigen Eisensteile in der städtischen Schmiede hergestellt und daß sämtliche Arbeitslöhne in die Wochenlöhne der städtischen Arbeiter eingeklebt wurden. Ferner wurde nachgewiesen, daß der Bauamtmann von Lieferanten Präsente in Form von Viktualien annahm, daß der Bauamtmann für zirka 1000 Mark gut erhaltene Tulen zu Brennholz für den eigenen Bedarf zerhacken ließ, um einem Sägemühleneigentümer Bestellungen zuschlagen zu können. Unbegreiflicherweise verurteilte das Schöffengericht Aher zu einer Geldstrafe von 500 Mark. Aber ergriß Berufung beim Landgericht. Inzwischen hatte sich der Bauamtmann Peve erschossen. Das Landgericht München I hob das schöffengerichtliche Urteil auf und sprach unseren Kollegen Aher unter Überhebung der Kosten der 1. und 2. Instanz auf die Staatskasse frei. Das Berufungsgericht erachtete den Wahrheitsbeweis für vollständig erbracht. Es war also eine Mehrheitsmeinung, die der liberale Stadtmagistrat zum Nutzen eines liberalen „hervorragenden“ Beamten hat vornehmen wollen. Bemerkenswert ist noch, daß der Magistrat, der zur Rehabilitation eines so „verdammten“ Beamten den Strafantrag gestellt hatte, in beiden Verhandlungen nicht vertreten war. Wahrscheinlich war den Herren im Vorhergehen der Ausgang der Sache etwas zweifelhaft erschienen. Herr Peve ist oftmals von uns kritisiert und angegriffen worden. Er veranbalt sich brutal und rücksichtslos gegen seine Untergebenen, veranbalt es aber, sehr zu lobenswerten und zu schmeicheln gegenüber den Oberen. Das letztere trifft noch bei manchen anderen Beamten zu, dessen „Verdienste“ bei näherer Betrachtung sehr zweifelhafter Natur sind!

**Der Bildungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt Einführungen in Dramen und Opern heraus, die den Zweck haben, proletarische Theaterbesucher in einer ihrem Empfinden und ihrer Denkweise entsprechenden Weise mit dem Geist und der Bedeutung des betreffenden Bühnenwerkes vertraut zu machen und dadurch die künstlerische Gemütsfähigkeit und das Verständnis für die dramatische Dichtung zu steigern.** Der Bildungsausschuss hat bei diesen Einführungen in erster Linie Volksspielstellungen im Auge, die von Arbeiterorganisationen lokalen Bildungsausschüssen, sozialdemokratischen Vereinen, Gewerkschaftsstellern in Verbindung mit guten örtlichen Bühnen am Sonntagnachmittagen veranstaltet werden. Jedem Besucher einer solchen Vorstellung soll nach der Ansicht des Bildungsausschusses eine Einföhrung in das betreffende Drama mehrere Tage vor der Aufföhrung in die Hand gegeben werden. Der Preis für die Einföhrungen ist bei Manchen zu gering bemessen, daß die Trauinationen die dadurch entstehende geringfügige Erhöhung der Eintrittspreise den Besuchern ihrer Vorstellungen ohne Besorgnis zumuten dürfen. Auf Wunsch und bei rechtzeitiger vorheriger Bestellung wird gegen einen mäßigen Preisanspruch auch die entsprechende Anzahl von Personenbezeichnungen für die besondere Vorstellung in der betreffenden Stadt beigefügt. Aber diese geschäftlichen Angelegenheiten gibt der Vorkurs der Einföhrungen, die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, an die auch alle Bestellungen zu richten sind, nähere Auskunft. Um proletarischen Theaterbesuchern in Städten, in denen die Arbeiterkraft keine Volksspielstellungen veranstaltet oder veranstalten kann, die Benutzung der Einföhrungen zu ermöglichen, wird jedes Best auch einzeln zum Preise von 10 Pf. im Buchhandel abgegeben

**Die Gewerkschaften und die Landtagswahlen in Hessen.** Im Großhitzetatum Hessen finden am 28. Oktober dieses Jahres die Wahlmännerwahlen zu den Erneuerungswahlen für die auscheidende Hälfte der Abgeordneten der zweiten Kammer statt. Es handelt sich um 25 Mandate, die aufs neue zu vergeben sind. Die Gewerkschaften haben ein lebhaftes Interesse daran, daß bei derartigen Wahlen Männer in das Landesparlament kommen, die ein klares Verständnis für die Arbeiterfrage haben. Die von der Kammer zu erledigenden Angelegenheiten, welche besonders für uns in Frage kommen, sind die Regelung des Steuerwesens, die Ausführung der Gewerbeinspektion, des Bauarbeiter-schutzes und die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen. Neben all diesen Aufgaben hat der Landtag noch Einfluß auf das Submissionswesen mit seinen gerade für die Arbeiter unheilvollen Mitten und auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staatsbetriebe, die heute leider noch nicht als Musterbetriebe dastehen, mit der Zeit aber dahin kommen müssen, zu gewinnen. Ebenso ist die Wohnungsinspektion, die Prüfung und Fürsorge hinsichtlich des Sanitätswesens und der Gesundheitsverhältnisse sowie die Organisation des Mobiliarfeuerversicherungswezens ein vom Landtag zu kontrollierendes Feld wirklich wirksamer Sozialpolitik, d. h. ernsthafter Arbeiterpolitik. Dies alles sind gewiß wichtige, zum Teil außerordentlich bedeutende Aufgaben, die der heilige Landtag zu lösen hat. Er wird sie nur im Sinne der Tätigkeit unserer freien Gewerkschaften lösen, wenn die Gewerkschaften selbst mit helfen, daß das möglich ist, d. h. wenn jeder einzelne Gewerkschaftsmitgliede mitwirkt und hilft, daß die Zahl der für seine Interessen wahrhaft tätigen Abgeordneten im heiligen Landtag vermehrt wird. Unsere Kollegen in Hessen sollten all dies beherzigen und bis zum 28. Oktober unermüdet im Sinne des Gesagten für die Arbeitervertreter wirken.

**Von der Bedeutung der Zuständigkeit des Gewerbegerichts für städtische Arbeiter gibt folgender Vorgang aus Hamburg ein anschauliches Bild.** Dort hatten, natürlich im Revier des berühmten Herrn Winter zwei frühere Arbeiter am Staatsrat gegen dessen Verwaltung einen Prozeß auf Anstellung ordnungsgemäßer Zeugnisse eingeleitet. Da ein Staatsbetrieb nicht vor das Forum des Gewerbegerichts zitiert werden darf, mußte die Klage beim Amtsgericht unabhängig gemacht werden. Die Zeugnisse hatten folgenden Wortlaut:

„Dem (folgt Name) wird hiermit bescheinigt, daß derselbe (von-bis) im diesseitigen Betriebe als Arbeiter beschäftigt gewesen ist. Seine Leistungen haben befriedigt, ebenso seine Führung bis auf den Fall, der zu seiner Entlassung geführt hat.“  
Hamburg, 8. Mai 1907. Hauverwaltung, Winter.

Nun wäre nach der ständigen Judikatur der Gewerbegerichte die Staatsverwaltung von jedem Gewerbegericht dem Klageanspruch gemäß verurteilt worden, aber das Amtsgericht wies ihn kostenpflichtig zurück! Gegen dieses Urteil legten die beiden Kollegen Berufung ein, der von der Zivilkammer des Landgerichts stattgegeben wurde. Die Besllage ist jetzt endlich zur Ausstellung eines den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Zeugnisses verurteilt worden. Der Wert des Urteils nach fast einem halben Jahr ist für den Arbeiter natürlich sehr problematisch!

**Die „Weisheit“ der Arbeitgeberzeitung.** Das scharfmaderische Unternehmerorgan läßt sich über das Referat von Dr. Freuh auf dem letzten Städtetage folgendermaßen vernehmen: „Ein sehr interessantes Thema schlug ein Referent an, der, indem er die Entwicklung der preußischen Städte schilderte, darauf hinwies, wie unglück die Stadtverwaltungen gehandelt hätten, die zuerst die Erzeugung von Gas in die Hände von Privatunternehmern gelegt hätten, anstatt diese und ähnliche Betriebe sofort in eigene Regie zu nehmen. Es kann nicht ausbleiben, daß die sozialdemokratischen Gegner der Privatunternehmung bezw. die Verteidiger des sozialistischen Regiebetriebes frohlockend über diese Bemerkung herfallen, als sei sie Wasser auf ihre Mühle. Niemand aber wird leugnen, daß eine Sozialisierung gewisser Betriebsarten im Bezirk der kommunalen Verwaltung genau so gut angedacht ist wie im allgemeinen Staatsbetriebe. Wie es einen Fortschritt bedeutet, wenn der Staat die Eisenbahnen, die Post und vielleicht auch manche grundlegende Erwerbszweige monopolisiert, so muß auch der Staat in bestimmten Grenzen das gute Recht des eigenen Regiebetriebes zuerkennen werden. Aber man darf weder im Staatswesen, noch in der Stadtverwaltung vergessen, daß der Kreis der für diese Regie geeigneten Betriebszweige eben ein enger und scharf umgrenzter ist, und daß der Staat oder die Gemeinde wirtschaftlichen Selbstmord begeht, wenn diese natürliche Grenze überschritten und der freie Unternehmungsgeist durch ungeduldeten Wettbewerb gelähmt wird. Eines schickt sich nicht für alle!“ Wir sind im Gegensatz zu dieser famosen Fehlfunktion der Überzeugung, daß die Stadtgemeinden bei diesem „wirtschaftlichen Selbstmord“ sehr gut gedeihen würden. Das Unternehmertum wittert gerade die Entzuehung der Sonderprivilegien, die jetzt noch vielfach von den Städten an die Privatindustrie bezahlt werden und sträubt sich dagegen. Genau wie erst nach heftigem Widerstreben manche Privilegien von den Stadtverwal-

gruppieren würden. Es sei wohl als sicher anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitervertreter eine Verstärkung erfahren werde, so daß die städtischen Arbeiter bei fleißiger Organisationsarbeit frohen Mutes in die Zukunft sehen dürften. Aber nicht nur in der gewerkschaftlichen Organisation, sondern auch innerhalb der politischen Partei müssen die städtischen Arbeiter ihren Mann stellen. Nach einer Kritik der verschiedenen Parteiparteien kam Sebold zu dem Schluß: Wer die Vorgänge im Rathaus während der letzten Wahlperiode genau verfolgt habe, werde nicht im Zweifel sein, welcher Richtung er seine Stimme zu geben hat. Anschließend an das Referat gab Moll. Weigel den Rechenschaftsbericht vom 3. Quartal. Der Mitgliederstand hat sich von 1720 auf 1820 erhöht. Der Massenbestand liegt von 2588,75 Mt. auf 2726,91 Mt. Die Revisorin Frau Mönzinger bestätigte die Richtigkeit des Massenberichtes und konstatierte, die Bücher und Masse in bester Ordnung befänden zu haben. Sodann kamen noch einige interne Punkte zur Erledigung. Auf Antrag der Sektion Gasanstalt Tarifkinderstraße wurde der Schlichter Bangray Meil wegen Verschlebung gegen § 6 des Verbandsstatuts einstimmig aus dem Verband ausgeschlossen.

**Spandau.** Am 10. Oktober fand unsere Monatsversammlung statt. In derselben wurde nochmals zu unseren Forderungen Stellung genommen und einstimmig beschlossen, trotz Einsprüche von außen diese Forderungen dem Arbeiterausschuß resp. den vorgesetzten Behörden zu unterbreiten. Um einen noch regeren Versammlungsbetrieb zu erzielen, wurde beschlossen, einen Kontrollstempel anzuschaffen und zukünftig beim Versammlungsbefuch jedem Kollegen das Mitgliedsbuch abzuklempfen. Ferner wurden die Delegierten zur stattfindenden Montagsversammlung aufgestellt. Einige Kollegen traten dem Verbands bei.

**Unterbrunn.** Am Sonntag, den 11. Oktober, fand im Förstlichen Gasthaus eine Waldarbeiterversammlung statt, zu welcher auch die Kollegen aus den umliegenden Orten Gauting, Leutstetten und Oberdill herbeieilten; auch einige Bauern hatten sich eingefunden. Gauleiter Sebold-Mändchen schilderte in leicht fälschlicher Weise, welche gemeinsame Interessen der Meingüter mit dem Lohnarbeiter verbinden. An einer Reihe von Beispielen schilderte Redner, wie der Arbeiter im volkswirtschaftlichen Sinne nicht mehr Selbstzweck, sondern nur mehr Mittel zum Zweck sei und ging dann über auf die jüngste Lohnerböhung von 20 Pf. pro Tag für die Kohlarbeiter. Treffend ironisierte Redner das Gebahren jener Aushollegen, die da immer sagen: das hätten wir so auch bekommen, während es doch Tatsache ist, daß die Aufbesserung in den um Münden liegenden Hochbezirken auf die Ausbesserung gerichtete Gesicht zurückzuführen ist. Die anderen Hochämter, deren Arbeiter unserem Verbands noch nicht angehören, haben größtenteils noch nichts erreicht. Referent kam auch auf den Notmeister von Oberdill zu sprechen, der einmal meinte, für das an den Verband gezahlte Geld sei es schade. Aber für die 20 Pf. pro Woche, die der Herr Notmeister für das Auszahlen bekam, war es anscheinend nicht schade, weshalb ihm nun auch die Arbeiter nichts mehr bezahlen. Immerhin hat auch der Notmeister seine Aufbesserung angenommen, wie es die Indifferenten alle tun. Auch das Auszahlen geht jetzt in 1-1½ Stunden vor sich und man braucht nicht mehr erst den halben Lohn in einem Köstlerhaus zu verbrühen. Sowie Gewandtheit ist dem Notmeister durch die Vorklebung des Gauleiters an zuständiger Stelle beigebracht worden. — Gestagt wurde auch über das Fortamt Starndberg, bei dem in letzter Zeit eine Akkordschicht nur 2,10 Mt. pro Tag verdienen konnte. Trotzdem der Tagelohn laut den Beschlüssen der bayerischen Abgeordnetenkammer garantiert sein soll, wurde bisher nichts nachbezahlt. Mit dem Appell an die Waldarbeiter, durch Anwerben weiterer neuer Mitglieder die Aufklärung immer weiter zu tragen, damit sich auch endlich die Verhältnisse der Waldarbeiter bessern, schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Hieran reichte sich eine gründliche, persönliche Aussprache. Mehrere Renaufnahmen waren der Erfolg der gut verlaufenen Versammlung.

**Weihensee.** Wie uns aus den Reihen der Kollegen mitgeteilt wird, scheinen in dem der F. C. G. A. gehörenden Gaswerk recht arge Zustände zu herrschen, wir wollen heute eine kleine Probe hier der Öffentlichkeit mitteilen und behalten uns vor, später aus der Fülle des uns mitgeteilten Materials mehr zu veröffentlichen. Ein alterer Mohrleger hatte, wie es öfters vorkommt, 1 Mt. für Telefon ausgegeben, und verlangte das Geld wieder. Als er sah, daß man ihm das G. D. das er doch von seinem letzten Lohn für das Gaswerk ausgegeben hat, nicht geben wollte, wandte er sich an den Herrn Inspektor: Topp. Doch da kam er schon an, dieser warf ihm alles mögliche vor, und als der Mohrleger die Vorwürfe fast hatte und fragte, ob er das Geld liege oder nicht, sprang Herr Topp vom Stuhl auf und brüllte den Arbeiter an, er würde ihm am liebsten ein paar hinter die Ohren hauen". Eine Kritik würde dies ja nur abismachen, und darum wollen wir uns einer solchen enthalten. Herr Weihensee, der den schweren Versuch eines Kogazienweralters im Gaswerk verliert, glaubt nun, daß bei dem Weihensee Sitten nur solche Arbeiter dauern, die jeder Menschwürde bar sind. Um das zu erreichen, werden die

im Verbands der Gemeindefarbeiter organisierten Leute schikaniert, bis sie fortgehen. Dann werden seine Landsleute importiert. Um aber diese armen Leute vor jeder Auslieferung zu hüten, rehet ihnen der Herr P. so lange zu, bis sie dem katholischen Pius-Verein beitreten. Man kann ihnen die Hölle recht heiß gemacht werden, sie halten aus und lassen nicht loet, denn je schlechter sie es im Gaswerk haben, desto besser wird's nachher im Himmel! Vor kurzem waren ja ihre Vertreter in Rom und brachten dem Papst das Geld hin, wofür nun den Leuten der päpstliche Segen zuteil wurde. Tut der Verein auch nichts für's Leben, so doch nach dem Tode für die Seele. Trotz alledem hat unsere Organisation doch einen Vorteil, denn unsere Kollegen brauchen bloß das für den Gemeindefarbeiter zu tun, was Herr Weihensee für den Pius-Verein tut, und der Erfolg wird auch nicht ausfallen. Darum, Kollegen Weihensee, auf zur Agitation, sagt den politischen Kollegen, daß es weder ihrer Religion noch ihrer Nationalität etwas schadet, wenn sie sich der freien Gewerkschaft anschließen. Und alle vereint werdet ihr das System Topp bald überwinden haben.

**Wilmersdorf.** Verechtigtes Aufsehen erregt es unter der Arbeitererschaft bei der letzten Lohnzahlung sehr Strafenbahnarbeiter erwarteten ihre Entlassung erhielten. Un erwartet kam diese Maßregel, weil durch sie keineswegs nur die im Dienst jüngsten, sondern zum guten Teil auch ältere Arbeiter betroffen wurden, die bereits zwei bis drei Jahre bei der Gemeinde im Dienst standen. Diese Leute waren entweder eben in eine höhere Lohnstufe aufgerückt oder standen kurz vor einer Lohnerböhung; motiviert wurde die Entlassung in der Öffentlichkeit damit, daß im Etat keine Mittel mehr für eine Beförderung von Arbeitern in dem bisherigen Umfang vorhanden wären. Trifft diese Begründung wirklich zu, dann läge darin ein charakteristisches Merkmal für die Stellung, die man einer sozialistischeren Sozialverwaltung gegenüber einnehmen zu können glaubt. Ein Ort wie Wilmersdorf, der sich von Jahr zu Jahr mit fast amerikanischer Schnelligkeit vergrößert, sollte eine ständige Vermehrung seiner Arbeitskräfte ins Auge fassen und nicht aus Gründen, die geradezu kraßwintlerhaft anmuten, kurz vor Beginn des Winters Arbeiter auf die Straße setzen. Vielleicht aber trägt dieser Vorfall endlich zur Aufklärung unserer Kollegen in Wilmersdorf bei. Woher hielten sie es in ihrer großen Mehrzahl nicht für notwendig, sich unserem Verbands anzuschließen, der mit Energie die Interessen seiner Mitglieder wahrnimmt und ihnen im Falle der Entlassung Arbeitslosenunterstützung zahlt. Auch hatten die Wilmersdorfer Gemeindefarbeiter sich dahin nicht den Mut, bei den Gemeindefwahlen sozialdemokratisch zu stimmen; ja zum Teil trugen sie durch ihre Stimmengewicht sogar zur Wahl reaktionärer Stadtratsmitglieder bei. Und das, obwohl ihnen sehr wohl bekannt ist, daß es seinerzeit die sozialdemokratischen Gemeindefordern waren, die sich mit besonderem Nachdruck ihrer Interessen annahmen. Es bleibt abzuwarten, ob der hier mitgeteilte Vorfall dazu beiträgt, daß auch unter den Wilmersdorfer Kollegen endlich die Erkenntnis eintritt, die unter ihren Kameraden in Berlin und den meisten Vororten sich schon längst Bahn gebrochen hat.

**Rundschau.**

**„Ca ça geschmauset“** —. Am 25. September haben in Köln die deutschen Naturforscher und Ärzte eine Versammlung abgehalten. Die Behörden stellten ihnen den Namen — natürlich auf Kosten der Steuerzahler — einen „Vergnügungsabend“ gegeben, über dessen Verlauf die nationalliberale „Mölnische Zeitung“ folgendes berichtet: „Professor Waldeyer Berlin vom wissenschaftlichen Ausschuss wählte sich in wirksamer Weise Geltung zu verschaffen, indem er mit einem süßnen Zuge den unangenehmen Ehrenbecher der Stadt Köln bis auf die Nagelprobe leerte. . . . So ging es denn fort bei Tanz und Sberz bis weit über Mitternacht, und die Truntfischen und Zofhassen haben zweifellosne später noch das Licht des neuen Tages beiräht, nachdem sie dem Ehrentrank der Stadt auch die höchstmögliche Ehre angetan. Der Ehrenast wird schamhaft verweigert, wie viele der langballigen Aoiden geleert werden sind, aber es sei verraten, daß sie zu 17.000 Schmitteln ein gar nicht unbles Gewicht abgeben werden.“ — Das Erga der ägyptischen Arbeiter bemerkt zu diesem feuchten Ereignis: „Weshalb so schamhaft? Niemand wird sich wundern, wenn die 17.000 Schmitteln mit 17.000 Flaschen Rheinwein hinabgetrunken worden sind. Zehnte doch der Alkohol in den wissenschaftlichen Vertagen so günstig, daß es jeder berechtigt war, wenn die „Reisler“ und Reichte ihn in der Praxis um so gründlicher zu versöhnen. Man weiß ja, daß auf dem Reite, das seinerzeit die Stadt Berlin dem internationalen Kongress gab, von 4000 Reizen 15.000 Flaschen Wein und 22 Schilliter bayerisch Bier ge-trunken wurden. Die Aufmerksamkeit über die Alkoholisierung ist auch heute noch in den Kreisen der „Wissenschaft“ im allgemeinen und der Reizen im besonderners offensichtlich so groß, daß sich niemand über die alkoholischen Erzeffe der Herrschaften wunderet. Zu verwundern ist nur, daß es auch heute noch Leute gibt, die diesen „Autoritäten“ des praktischen Alkoholisierung ein objektives theoretisches Urteil über die

Alkoholfrage zutrauen." — Aber dieser leider nicht gerade ungewöhnliche Vorgang hat noch eine besondere Seite für unsere Kollegen. Zehntausende werden von Seiten der Stadt zu opulenten Festen usw. loder gemacht. Für die Bewilligung unserer Forderungen, die oftmals nicht viel mehr betragen als die verprägten Gelder, „reichen die Etats nicht aus". Wann wird diese Geuchel einmal aufhören?

**Eine Korruptionsaffäre in München.** Im städtischen Quellengebiet der Wasserversorgung München bei Thalbarn wurden am 20. Oktober 1906 57 Arbeiter entlassen. Da meist Mitglieder unseres Verbandes in Betracht kamen, nahm die Organisation zu diesen Entlassungen am 4. November 1906 in einer Massenprotestversammlung Stellung, über die wir feinerzeit berichtet haben. In der Diskussion erhob der jetzige Versicherungsbeamte Andreas Acher, der lange in dem städtischen Quellengebiet beschäftigt war, heftige Angriffe gegen den städtischen Bauamtmann Peyer, den Leiter des Quellengebietes. Er behauptete, daß Peyer seine Privatinteressen auf Kosten der Stadt München sehr gut zu wahren wisse, daß er zahlreiche städtische Arbeiter zu seinen Privatzwecken verwandte, die Arbeitslöhne aber in die städtischen Wochenslöhne einsetze. Der Stadtmagistrat München stellte gegen Acher Strafantrag, dem sich der Bauamtmann als Nebenklager angeschlossen. In der schöffengerichtlichen Verhandlung wurde erwiesen, daß Peyer Arbeiter oft tagelang in den Wald schickte, um für sich Pilze, Erdbeeren und Moos suchen zu lassen. Erwiesen wurde, daß der Bauamtmann städtische Arbeiter zur Ausführung eines ihm gebührenden Neubaus verwendete, daß städtische Arbeiter den Transport des Bauholzes und der Steine übernahmen, daß für diesen Neubau Steine aus den städtischen Steinbrüchen entnommen und dafür nur 55 Mark verbucht wurden, obwohl der Wert der Steine mindestens 1500 Mark betrug, daß die nötigen Eisenwerke in der städtischen Schmiede hergestellt und daß familiäre Arbeitslöhne in die Wochenslöhne der städtischen Arbeiter eingesetzt wurden. Ferner wurde nachgewiesen, daß der Bauamtmann von Lieferanten Präfekte in Form von Viktualien annahm, daß der Bauamtmann für circa 1000 Mark auf erhaltene Düden zu Brennholz für den eigenen Bedarf zerleinern ließ, um einem Sägemühleneibesitzer Bestellungen zuzuschicken zu können. Unbegreiflicherweise verurteilte das Schöffengericht Acher zu einer Geldstrafe von 500 Mark. Acher ergriff Verufung beim Landgericht. Inzwischen hatte sich der Bauamtmann Peyer erschlossen. Das Landgericht München I hob das schöffengerichtliche Urteil auf und sprach unseren Kollegen Acher unter Nebenberingung der 1. und 2. Instanz auf die Staatskasse frei. Das Verufungsgericht erachtete den Wahrheitsbeweis für vollständig erbracht. Es war also eine Wahreinschätzung, die der liberale Stadtmagistrat zum Nutzen eines liberalen „herborragenden" Beamten hat vornehmen wollen. Bemerkenswert ist noch, daß der Magistrat, der zur Rehabilitation eines so „verdientwollen" Beamten den Strafantrag gestellt hatte, in beiden Verhandlungen nicht vertreten war. Wahrscheinlich war den Herren im vornherein der Ausgang der Sache etwas zweifelhaft erschienen. Herr Peyer ist oftmals von uns kritisiert und angegriffen worden. Er benahm sich brutal und rücksichtslos gegen seine Untergebenen, verstand es aber, sehr zu lobhudein und zu schmeicheln gegenüber den Oberen. Das letztere trifft noch bei manchem anderen Beamten zu, dessen „Verdienste" bei näherer Betrachtung sehr zweifelhafter Natur sind!

**Der Bildungsausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt Einführungen in Dramen und Opern heraus, die den Zweck haben, proletarische Theaterbesucher in einer ihrem Empfinden und ihrer Denkwiese entsprechenden Weise mit dem Geist und der Bedeutung des betreffenden Bühnenwerkes vertraut zu machen und dadurch die künstlerische Genüßfähigkeit und das Verständnis für die dramatische Dichtkunst zu steigern.** Der Bildungsausschuss hat bei diesen Einführungen in erster Linie Volksvorstellungen im Auge, die von Arbeiterorganisationen (lokalen Bildungsausschüssen, sozialdemokratischen Vereinen, Gewerkschaftszentralen) in Verbindung mit guten örtlichen Bühnen an Sonntagnachmittagen veranstaltet werden. Jedem Besucher einer solchen Vorstellung soll nach der Absicht des Bildungsausschusses eine Einführung in das betreffende Drama mehrere Tage vor der Aufführung in die Hand gegeben werden. Der Preis für die Einführungen ist bei Mängelszug so gering bemessen, daß die Organisationen die dadurch entstehende geringfügige Erhöhung der Eintrittspreise den Besuchern ihrer Vorstellungen ohne Bedauern zumuten dürfen. Auf Wunsch und bei rechtzeitiger vorheriger Bestellung wird gegen einen mäßigen Preiszuschlag auch die entsprechende Anzahl von Personenverzeichnissen für die besondere Vorstellung in der betreffenden Stadt beigefügt. Aber diese geschäftlichen Angelegenheiten gibt der Verlag der Einführungen, die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, an die auch alle Bestellungen zu richten sind, nähere Auskunft. Um proletarischen Theaterbesuchern in Städten, in denen die Arbeiterpartei keine Volksvorstellungen veranstaltet oder veranstalten kann, die Benutzung der Einführungen zu ermöglichen, wird jedes Heft auch einzeln zum Preise von 10 Pf. im Buchhandel abgegeben.

**Die Gewerkschaften und die Landtagswahlen in Hessen.** Im Großherzogtum Hessen finden am 28. Oktober dieses Jahres die Wahlmännerwahlen zu den Erneuerungswahlen für die ausfallende Hälfte der Abgeordneten der Zweiten Kammer statt. Es handelt sich um 25 Mandate, die aufs neue zu vergeben sind. Die Gewerkschaften haben ein lebhaftes Interesse daran, daß bei derartigen Wahlen Männer in das Landesparlament kommen, die ein klares Verständnis für die Arbeiterfrage haben. Die von der Kammer zu erledigenden Angelegenheiten, welche besonders für uns in Frage kommen, sind die Regelung des Steuerwesens, die Ausführung der Gewerbeinspektion, des Bauarbeiter-schutzes und die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen. Neben all diesen Aufgaben hat der Landtag noch Einfluß auf das Submissionswesen mit seinen gerade für die Arbeiter unheilvollen Mitten und auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Staatsbetriebe, die heute leider noch nicht als Mutterbetriebe dastehen, mit der Zeit aber dahin kommen müssen, zu gewinnen. Ebenso ist die Wohnungsinspektion, die Prüfung und Fürsorge hinsichtlich des Sanitätswesens und der Gesundheitsverhältnisse sowie die Organisation des Mobilitätsversicherungswesens ein vom Landtag zu kontrollierendes Feld wirklich wirksamer Sozialpolitik, d. h. ernsthafter Arbeiterpolitik. Dies alles sind gewiß wichtige, zum Teil außerordentlich bedeutungsvolle Aufgaben, die der heftigste Landtag zu lösen hat. Er wird sie nur im Sinne der Tätigkeit unserer freien Gewerkschaften lösen, wenn die Gewerkschafter selbst mit helfen, daß das möglich ist, d. h. wenn jeder einzelne Gewerkschaftsmitglied mitwirkt und hilft, daß die Zahl der für seine Interessen wahrhaft tätigen Abgeordneten im hessischen Landtag vermehrt wird. Unsere Kollegen in Hessen sollten all dies beherzigen und bis zum 28. Oktober unermüdet im Sinne des Gesagten für die Arbeitervertreter wirken.

**Von der Bedeutung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte für städtische Arbeiter** gibt folgender Vorgang aus Hamburg ein anschauliches Bild. Dort hatten, natürlich im Revier des berühmten Herrn Winter zwei frühere Arbeiter am Staatslai gegen dessen Verwaltung einen Prozeß auf Ausstellung ordnungsgemäßer Zeugnisse angestrengt. Da ein Staatsbetrieb nicht vor das Forum des Gewerbegerichts zitiert werden darf, mußte die Klage beim Amtsgericht anhängig gemacht werden. Die Zeugnisse hatten folgenden Wortlaut:

„Dem (solgt Name) wird hiermit bescheinigt, daß derselbe (von—bis) im diesseitigen Betriebe als Arbeiter beschäftigt gewesen ist. Seine Leistungen haben befriedigt, ebenso seine Führung bis auf den Fall, der zu seiner Entlassung geführt hat.

Hamburg, 8. Mai 1907. Staatsverwaltung. Winter.

Nun wäre nach der ständigen Judikatur der Gewerbegerichte die Staatsverwaltung von jedem Gewerbegericht dem Klagenanspruch gemäß verurteilt worden, aber das Amtsgericht wies ihn kostenpflichtig zurück! Gegen dieses Urteil legten die beiden Kollegen Verufung ein, der von der Zivilkammer des Landgerichts stattgegeben wurde. Die Klage ist jetzt endlich zur Ausstellung eines den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Zeugnisses verurteilt worden. Der Wert des Urteils nach fast einem halben Jahr ist für den Arbeiter natürlich sehr problematisch!

**Die „Weisheit" der „Arbeitgeberzeitung".** Das scharfmacherische Unternehmerorgan läßt sich über das Referat von Dr. Preuß auf dem letzten Städtetage folgendermaßen vernehmen: „Ein sehr interessantes Thema schlug ein Referent an, der, indem er die Entwicklung der preussischen Städte schilderte, darauf hinwies, wie unklug die Stadtverwaltungen gehandelt hätten, die zuerst die Erzeugung von Gas in die Hände von Privatunternehmern gelegt hatten, anstatt diese und ähnliche Betriebe sofort in eigene Regale zu nehmen. Es kann nicht ausbleiben, daß die sozialdemokratischen Gegner der Privatunternehmung bezw. die Vertreter des sozialistischen Regiebetriebes frohlockend über diese Bemerkung herfallen, als sei sie Wasser auf ihre Mühle. Niemand aber wird leugnen, daß eine Sozialisierung gewisser Betriebsarten im Bezirk der kommunalen Verwaltung genau so gut angebracht ist wie im allgemeinen Staatsbetriebe. Wie es einen Fortschritt bedeutet, wenn der Staat die Eisenbahnen, die Post und vielleicht auch manche grundlegende Erwerbszweige monopolisiert, so muß auch der Stadt in bestimmten Grenzen das gute Recht des eigenen Regiebetriebes zugestanden werden. Aber man darf weder im Staatswesen, noch in der Stadtverwaltung vergessen, daß der Kreis der für diese Regie geeigneten Betriebszweige eben ein enger und scharf umgrenzter ist, und daß der Staat oder die Gemeinde wirtschaftlichen Selbstmord begeht, wenn diese natürliche Grenze überschritten und der freie Unternehmungsgeist durch ungerathen Wettbewerb gelähmt wird. Eines schickt sich nicht für alle!" — Wir sind im Gegensatz zu dieser famosen Deduktion der Überzeugung, daß die Stadtgemeinden bei diesem „wirtschaftlichen Selbstmord" sehr gut gedeihen würden. Das Unternehmertum wüthet gerade die Entziehung der Sonderprofite, die jetzt noch vielfach von den Städten an die Privatindustrie bezahlt werden und sträubt sich dagegen. Genau wie erst nach heftigem Widerstreben manche Privilegien von den Stadtverwal-

tungen durch Eigenregie aufgehoben wurden zum Segen der Pächter, wird auch jetzt das Unternehmertum nur schrittweise zurückweichen, weil -- der Profit auf dem Spiele steht!

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle Berlin SO (Hieder Alexandrinenstr. 26) ist am 1. Oktober d. J. in das eigene Vermögen des Adalbertstr. 41 übergeben. Die Wiedereröffnung des vollen Betriebes (Ausleihbibliothek und Lesehalle) findet am Mittwoch, den 21. Oktober statt. Das Institut wird wie bisher an den Wochentagen von 5 1/2- 10 Uhr abends, an den Sonn- und Feiertagen von 9- 1 und 3- 6 Uhr zu unentgeltlicher Benutzung geöffnet sein. Die Ausleihbibliothek umfasst zur Zeit 18000 Bände. Im Lesesaal stehen 534 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Abdringung und eine Nachschlagelbibliothek von 1550 Bänden dem Publikum zur Verfügung. Soweit die Berliner Kollegen es irgend ermöglichen können, sollten sie Bibliothek und Lesesaal benutzen zu ihrer weiteren Ausbildung

Eingegangene Schriften und Bücher.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Eudelum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Nr. 11 u. 42. Vierteljährlich um 3 M. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag zu beziehen.

Die Neue Zeit. Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Zinger in Stuttgart. Heft 1 u. 2 vom 27. Jahrg. Preis: pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 M.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Zinger in Stuttgart. Nr. 1 des 19. Jahrg. Preis: pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 M.

„In freien Stunden“. Von der unter diesem Titel im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erscheinenden Wochenchrift sind uns die Hefte 38 und 39 zugegangen. Für 10 Pf. pro Woche ist diese Romanbibliothek durch alle Fortschrittsbibliotheken und Holporteurs zu beziehen.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Zinger, Stuttgart. Nr. 21. 25. Jahrgang. Preis der Nummer 10 Pf., bei Fortbezug pro Quartal 65 Pf.

Süddeutscher Sozialismus. Verlag: M. Gruhl in München. Eiseledersstr. 4. Nr. 21. Preis pro Nummer 10 Pf.

Der Arbeitssmarkt. Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkterichte. (Herausgeber Prof. Dr. J. Jastrow, Berlin. Verlag von Georg Reimer.) Nr. 1 des 12. Jahrg.

Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlag: Georg Reimer, Berlin. Nr. 1 des 14. Jahrgangs.

Protokoll über die Verhandlungen des Nürnberger Parteitag's und über die Verhandlungen der fünften Frauenkonferenz. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Die Verhandlungen sind ausführlich wiedergegeben. Das Protokoll ist 568 Seiten stark, kann durch alle Buchhandlungen und Holporteurs bezogen werden und kostet broschiert 1,25 M. und gebunden 1,75 M.

Tiere und Pflanzen des Szenenplanktons von Dr. A. Seligo-Danzig. Mit einer Tafel und 247 Textfiguren (Mikrologische Publikation Bd. III). Stuttgart, Deutsche mikrologische Gesellschaft (Gesellschaftsbehe: Franck'sche Verlagsbuchhandlung). Kartontiert 2 M.

Das Ideal der Freiheit von Dr. Friedrich Naumann. 50 Pf. Buchverlag der „Dilke“, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg.

Gustav Adolf, ein Züchtungs- und Ruh- der deutschen Arbeiter von Franz Wehring. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Zweite verbesserte Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis 1 M. Volksausgabe 40 Pf. In bezug durch alle Buchhandlungen und Holporteurs. Die erste Auflage dieser Schrift erschien vor jetzt 11 Jahren, als der dreihundertste Geburtstag des schwedischen Königs Gustav Adolf die deutschen Völkspatrioten zu feierlichen Stimmungen begeisterte und dieser Verwüster deutscher Kultur als der „Vernichter Deutschlands“ gefeiert wurde. Seit längerer Zeit war die Schrift vergriffen; die vielfache Nachfrage veranlaßte diese zweite Ausgabe. Am Vorwort zu dieser entgegnet der Verfaßter einigen Kritikern seiner Schrift. Es ist ein Kapitel aus der Geschichte des dreißigjährigen Krieges, das Wehring an der Hand der materialistischen Geschichtsauffassung entwickelt, jener schauerlichen Epoche des deutschen Volkes, an der mehr als Dreiviertel der Bevölkerung zugrunde gegangen sind und die Teufelsland um zwei Jahrhunderte in seiner Entwicklung zurückgeworfen hat. Aus jener Zeit zu lernen, ist auch den heutigen Arbeitern zu empfehlen.

Arbeiter-Kotig-Kalender 1909. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 60 Pf. Zu beziehen durch alle Fortschrittsbibliotheken und Holporteurs.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsbediensteten in Preußen, Berlin SW. 68, Unterfeldstr. 14. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zinger & Co., Berlin SW. 68, Lützowstr. 6

Briefkasten.

F. Dresden. Läßt sich leider nicht verwenden. B. Gr. I

Totenliste des Verbandes.

<b>Jakob Schulthris III, Mainz</b> † 6. Oktober 1908 im Alter von 36 Jahren.	<b>Alb. Schöntrich, Königsberg</b> † 12. Oktober 1908 im Alter von 36 Jahren.
<b>Julius Steinke, Berlin</b> † 8. Oktober 1908 im Alter von 52 Jahren.	<b>Martin Eckardt, Hannover</b> † 12. Oktober 1908 im Alter von 66 Jahren.
<b>Georg Straupe, Hamburg</b> † 10. Oktober 1908 im Alter von 69 Jahren.	<b>Joh. Pfeifer, Offenbach</b> † 13. Oktober 1908 im Alter von 49 Jahren.

Fritz Ehrst, Stralsburg i. G.

† 16. Oktober 1908.

Ehre ihrem Andenken!

:: Filiale Groß-Berlin. ::

Donnerstag, den 20. Oktober 1908, abends präzise 8 1/2 Uhr, in den „Musterkaten“, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung der Gewerbegerichte und das Verhältniswahlssystem.  
Referent: Gewerkschaftssekretär Körsten.
  2. Verwaltungs- und Kassenericht für das 3. Quartal.
  3. Verbandsangelegenheiten.
- Kollegen! Die Beratungsgegenstände sind äußerst wichtiger Natur, so daß ein guter Besuch der Versammlung unbedingt nötig ist. Ganz besonders machen wir pünktliches Erscheinen zur Pflicht, da präzise 8 1/2 Uhr begonnen wird. Das Mitgliedsbuch dient als Legitimation.
- Die Ortsverwaltung.

Filiale Mannheim.

Da in nächster Zeit die vierteljährliche Kontrolle der Mitgliedsbücher vorgenommen wird, möchten wir die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen nicht auf dem Laufenden sind, auffordern, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Ferner werden die Kollegen und Kolleginnen gebeten, auf Verlangen der Unteramierer oder zur Kontrolle ihre Mitgliedsbücher vorzulegen. Wer sich dagegen weigert, hat die Abweisung bei dem Verlangen von Unterstützung sich selbst zuzuschreiben.

Der Vorstand.

Filiale Kiel.

Donnerstag, den 25. Oktober 1908, im „Gewerkschaftshaus“:

7. Stiftungs-Fest

bestehend in Theateraufführungen vom Klub „Frohstimm“,

Preisregeln, Vertosung und Ball.

Das Preisfest beginnt 4 Uhr nachmittags.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundl. ein Das Festkomitee.